Abonnements-Bedingungen:
 Abonnement-Preis pränumerando:
 Vierteljährlich 3,30 Mk., monatlich 1,10 Mk.,
 wöchentlich 28 Pf., frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 5 Pf., Sonntags-
 Nummer mit illustrierter Sonntags-
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-
 Abonnement: 3,50 Mark pro Quartal.
 Eingetragen in der Post-Zeitungs-
 Preisliste für 1898 unter Nr. 7576.
 Unter Kreuzband für Deutschland und
 Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das
 übrige Ausland 3 Mark pro Monat.
 Erscheint täglich außer Montage.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Die Insertions-Gebühr
 beträgt für die sechsgepaltenen Kolon-
 netten oder deren Raum 40 Pf., für
 Vereins- und Versammlungs-Kreuzigen,
 sowie Arbeitsmarkt 20 Pf. Insetrate
 für die nächste Nummer müssen bis
 4 Uhr nachmittags in der Expedition
 abgegeben werden. Die Expedition
 ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends,
 an Sonn- und Festtagen bis 8 Uhr
 vormittags geöffnet.
 Anzeigensprecher: Ruhl 1, Nr. 1508.
 Telegramm-Adresse:
 „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 19, Beuth-Strasse 2.

Mittwoch, den 27. Juli 1898.

Expedition: SW. 19, Beuth-Strasse 3.

Parteigenossen! Parteigenossen!

Der Wahlkampf liegt hinter uns, und die sozialdemokratische Partei hat Ursache, mit dem Ergebnis zufrieden zu sein. Die deutsche Sozialdemokratie hat bewiesen, daß ihre Schwungkraft nicht erschöpft ist und daß unser Programm noch die alte werbende Kraft besitzt. Und wie sollte es auch anders sein, da die gesellschaftlichen und die mit ihnen organisch verknüpften staatlichen Uebelstände und Ungerechtigkeiten nicht nur fortdauern, sondern sich beständig steigern und steigern müssen, weil der Kapitalismus mit jedem Schritt seiner Weiterentwicklung in schärferen Widerspruch mit den Interessen der ungeheueren Mehrheit des Volkes tritt, und weil die Gewaltthaber, in ihrer Macht sich bedroht fühlend, immer rücksichtsloser vorgehen.

Der Wahlkampf war ein schwerer, das wißt Ihr alle; und Ihr alle wißt auch, daß unsere Hauptwaffe in diesem Kampf die Presse war.

In der Verbreitung ihrer Presse zeigt sich die Stärke einer Partei — und mit der Verbreitung ihrer Presse wächst die Stärke einer Partei. Was insbesondere den „Vorwärts“ betrifft, so hat dessen Verbreitung in dem laufenden Quartal, das jetzt zu fast einem Drittel hinter uns liegt, erfreulich zugenommen. Allein immer noch nicht in genügendem Maße. Die Zahl unserer Abonnenten steht noch in keinem Verhältnis zur Zahl unserer Wähler und Parteimitglieder. Hätte sie ihr besser entsprochen als es thatsächlich der Fall ist — aller Wahrscheinlichkeit nach wären die Schläppen, die uns gerade in Berlin betroffen haben, der Partei erspart geblieben. Zehntausend Exemplare des „Vorwärts“ in Berlin mehr wären zehntausend Agitatoren mehr für die Sozialdemokratie gewesen.

Die Genossinnen und Genossen mögen das bedenken. Und sie mögen nicht außer acht lassen, daß wir auch heute im Kampf sind, daß es überhaupt für uns keine Unterbrechung des Kampfes giebt.

Wer weiß, wie bald wir abermals an die Wahlurne zu treten haben?

Die Gewaltthaber sind nicht zufrieden mit dem neuen Reichstag — sie werden alles ausbieten, um durch Neuwahlen das Ziel zu erreichen, das zu erreichen in der Zwiwahl ihnen nicht gelungen ist.

In jedem Falle befinden wir uns in ununterbrochenem Kampfe um die bedrohten Grundrechte des Volks, und um unsere heiligsten Güter, nach denen das volksfeindliche Junkertum die gierigen Hände ausstreckt.

Für diesen Kampf aber braucht Ihr Euer beste Waffe: Die Presse!

Und nicht bloß in den eigenen Reihen müßt Ihr den „Vorwärts“ verbreiten — namentlich auch in den Reihen der Zehntausende, die bei den letzten Wahlen noch gegen uns gestimmt haben, weil sie uns nicht kennen. Und durch unsere Presse lernt man am besten unsere Partei kennen.

Denn arbeitet unablässig an der Verbreitung des „Vorwärts“! Ihr arbeitet damit an der Stärkung der Partei!

Der „Vorwärts“ giebt Aufklärung über unsere Parteibestrebungen; er berichtet über die Weltereignisse; er schildert die Parteikämpfe und das Parteeleben; der „Vorwärts“ beschränkt sich jedoch nicht auf die Politik — er ist feiner Lesern und Leserinnen zugleich ein Führer auf dem Gebiete der Wissenschaft und Kunst, ohne daß darum das Recht der Leser und Leserinnen auf leichte Unterhaltung hintangesetzt wurde.

So richten wir denn, nebst dem Versprechen, auch fernerhin nach besten Kräften unsere Pflicht zu thun, an die Parteigenossen und Parteigenossen die Bitte, nach Möglichkeit für die weitere Verbreitung des „Vorwärts“ zu sorgen.

Am 1. August 1898 beginnt ein neues Abonnement auf den

„Vorwärts“

mit Unterhaltungsblatt und der illustrierten Sonntags-Beilage

„Die Neue Welt.“

Der im Unterhaltungsblatt bisher erschienene Teil des Romans:

„Um die Freiheit“

Von Robert Schweißel

wird neu eintretenden Abonnenten kostenlos nachgeliefert.

Für Berlin nehmen sämtliche Zeitungsdepoteure sowie unsere Expedition, Beuthstr. 3, Bestellungen entgegen zum monatlichen Preise von

1 Mark 10 Pfennigen frei ins Haus.

Für außerhalb nehmen sämtliche Postanstalten Abonnements zum Preise von

2 Mark 20 Pfennigen

für die Monate August und September

entgegen. (Eingetragen ist der „Vorwärts“ in der Post-Zeitungsliste für 1898 unter Nummer 7576.)

Die Redaktion des „Vorwärts“.

Eine wahlstatistische Lehre.

Die charakteristische Signatur der jüngsten Reichstags-Wahlen war das starke Anwachsen der sozialistischen Stimmenzahlen. In diesem erneut zu fahbarem zahlenmäßigen Ausdruck gelangten Fortschritt der Sozialdemokratie im Deutschen Reiche ist vor allem ein Zug für den aufmerksamen Beobachter besonders interessant und erfreulich: die verstärkte Ausbreitung des sozialistischen Gedankens über die mittel- und kleinstädtischen und die rein ländlichen Gebietsteile des Reiches.

Es war eine ganz natürliche Erscheinung, daß die sozialistische Propaganda ihre ersten durchgreifenden Erfolge in den Zentren der Industrie und des Handels, also durchweg in den Großstädten und den Gebieten mit großstädtähnlicher Bevölkerungssammlung zu verzeichnen hatte, an jenen Punkten, wo die dichte Häufung der lohnproletarischen Elemente, die ununterbrochene Fühlung des einzelnen mit den Genossen seines Standes, die Leichtigkeit der gegenseitigen Verständigung und Aufrüstung sowie die Augencheinlichkeit mit welcher gerade dort der grelle Gegensatz von Noth und Entbehrung einer, Ueberfluß und Luxus andererseits sich offenbart, einen hervorragend günstigen Nährboden für die Fruchtbarkeit der sozialistischen Agitation abgaben.

Der politisch aufgeklärten Arbeiterschaft jener Gebiete fiel die Aufgabe zu, von diesen verhältnismäßig wenig zahlreichen natürlichen Agitationszentren aus die Massenengenossen in den kleineren Städten und auf dem Lande zu Mitstreitern im sozialen Kampfe der Gegenwart aufzurufen und den sozialistischen Gedanken hinaus in jene Gebiete zu tragen. Inwieweit sie dieser ihrer Aufgabe bisher gerecht geworden, das läßt sich schon daraus erkennen, daß es der sozialdemokratischen Partei bei den jüngsten Reichstagswahlen gelungen ist, in 396 von 397 Wahlkreisen (der 15. reichsländische Wahlkreis Saarburg-Chatou-Salins macht die Ausnahme von der Regel) eigene Kandidaten aufzustellen, während das im Jahre 1893 in 386, bei den Wahlen von 1890 nur in 330, und im Jahre 1887 gar erst in 260 Kreisen der Fall gewesen war.

Dieser Ausdehnungskraft der sozialistischen Propaganda entsprachen auch ihre Erfolge bei den Wahlen. Es zeigte sich dabei die interessante Erscheinung, daß der relative Antheil der in den großstädtischen Wahlbezirken abgegebenen sozialistischen Stimmen an der Gesamtzahl der sozialistischen Wähler von Jahr zu Jahr ein geringerer wird, mit anderen Worten: daß die räumliche Ausdehnung unserer Parteibewegung mehr und mehr zunimmt, und immer breitere Volksschichten mit in die Massenbewegung des modernen Proletariats geriffen werden. Dies geht mit großer Deutlichkeit aus den folgenden, äußerst lehrreichen Zahlenreihen hervor.

Sonderet man die in den 35 rein städtischen, oder doch zum weitaus überwiegenden Theil städtischen Reichstags-Wahlkreisen*) abgegebenen sozialistischen Stimmen aus der Gesamtzahl der letzteren aus, so ergeben sich für die Kandidaten der sozialdemokratischen Partei bei den jeweiligen Hauptwahlen zum Reichstag seit Einführung des Sozialistengesetzes folgende Gesamtstimmenzahlen:

	im ganzen Reich	in den Großstädten	Prozent-antheil der Großstädte
1881 . . .	311 965	161 058	51,62
1884 . . .	549 990	295 453	48,27
1887 . . .	763 128	350 306	45,90
1890 . . .	1 427 298	510 975	35,80
1893 . . .	1 786 738	555 243	31,08
1898 . . .	2 120 000**)	625 000**)	29,48

Die sozialistischen Truppenmassen, welche die Großstädte jeweils bei den Reichstagswahlen auf die Beine bringen, nehmen also an Zahl zwar von Jahr zu Jahr in erfreulicher Weise zu, ihr Verhältnis zur Gesamtstärke unserer Armee aber verschiebt sich, zahlenmäßig erfasst, immer mehr zu ihren Ungunsten; denn während sie im Jahre 1881 noch über die Hälfte unserer Gesamtstärke ausmachten, ist ihr Antheil seither bis auf weniger als $\frac{1}{3}$ heruntergegangen. Und dies alles, obwohl der Antheil der in betracht kommenden Großstädte an der Gesamtbevölkerung des Reiches von etwa 10 pCt. im Jahre 1880 auf rund 15 pCt. im Jahre 1895 gestiegen ist.

Diese Erscheinung findet ihre Erklärung einerseits darin, daß in den volkreichsten Industrie- und Handelszentren infolge der langjährigen, von den thatsächlichen Verhältnissen in ihrem Erfolg begünstigten Organisation und Agitation nachgerade ein Zustand der Sättigung mit sozialistischen Wählern erreicht wurde, insofern jeweils die große Mehrzahl derjenigen bereits im Lager des kämpfenden Proletariats zu finden ist, welche nach Maßgabe ihrer gegenwärtigen sozialen Position überhaupt schon ein Interesse an der anjastrebenden Sozialisierung der Gesellschaft haben. Andererseits darf nicht außer acht gelassen werden, daß in Gegenden, die bisher von unserer

*) Wir zählen dazu Berlin I—VI, Hamburg I—III, München I und II, Dresden I und II, Dresden I und II, Altona, Chemnitz, Nürnberg, Braunschweig, Stettin, Elberfeld-Barmen, Hannover, Königsberg i. Pr., Frankfurt a. M., Magdeburg, Bremen, Stuttgart, Halle a. S., Leipzig, Stralsburg i. Ost., Düsseldorf, Köln, Danzig, Kagen, Krefeld.

***) Nach vorläufiger Feststellung.

Agitation vernachlässigt waren — und dies sind eben gerade die ländlichen Bezirke —, deren wirtschaftliche Verhältnisse aber die Bedingungen einer erfolgreichen Propagierung der Ideen des Sozialismus erfüllen, beim ersten Anlauf einer planmäßigen Bearbeitung sich häufig Stimmresultate ergeben, die in ihrem Verhältnis zur Zahl der früher dort gezählten sozialistischen Voten ein weit stärkeres Wachsthum unserer Anhängererschaft bedeuten, als es in den seit Jahren der intensivsten Agitation ausgeprägten großstädtischen Kreisen der Fall sein kann.

Die Verschiebung des ursprünglichen Stimmen-Gleichgewichts zwischen den Großstädten einer, und der Gesamttheit der übrigen Reichsgebiete andererseits hat, wie aus den obigen Zahlenangaben hervorgeht, auch in dem verfloffenen Jahrstakt seit den Wahlen des Jahres 1893, wieder bemerkenswerthe Fortschritte gemacht. Während die Summe der in den Großstädten abgegebenen sozialistischen Stimmen um etwa 69 650 = 12,51 pCt. zugenommen hat, ist diejenige der übrigen, also der mittel- und kleinstädtischen, sowie der ländlichen Reichsgebiete, um zirka 263 000, mithin um 21,36 pCt. angewachsen und hat damit die Zunahmeziffer der im ganzen Reiche auf die Kandidaten der Sozialdemokratie gefallenen Stimmen (18,76 pCt.) erheblich überstiegen.

Noch augenfälliger tritt die wachsende Bedeutung der nichtgroßstädtischen Gebietsteile für die sozialistische Bewegung im Reiche bei der Frage der numerischen Gestaltung unserer Reichstagsfraktion in die Erscheinung. In der im Frühjahr zu Ende gegangenen Legislaturperiode war genau die Hälfte der Arbeitervertreter des Reichsparlaments, 23 von 46, in Großstädten gewählt. Die jüngsten Wahlen ergaben ein wesentlich verändertes Bild: nur 22 von den 56 sozialistischen Wahlzügen sind in großstädtischen Kreisen erfodten worden; selbst von den 32 im ersten Wahlgang genommenen Kreisen entfällt die volle Hälfte auf Gebiete ohne Großstädte.

Man darf daher den Schluß ziehen, daß für die Zukunft jedenfalls in den Großstädten unser Vordringen immer schwächer werden wird, weswegen dort unsere Agitation sich immer intensiver entwickeln muß. Doppelt günstig aber gestalten sich die Kreise mit mittel- und kleinstädtischer sowie auch mit ländlicher Bevölkerung, die uns bereits bei der letzten Wahl nicht weniger als drei Viertel unserer neuen Reichstags-sitze gebracht haben.

Für die sozialistische Agitation ergibt sich daraus die praktische Forderung, für die Zukunft die vorhandenen agitatorischen Kräfte möglichst auch in den Mittel- und Kleinstädten sowie auf dem flachen Lande nutzbringend zu verwerthen. Dadurch wird nicht bloß die raschere Gewinnung dieser Bevölkerungsschichten für die Ideen des Sozialismus erreicht, sondern auch ganz besonders dafür gesorgt werden können, daß die Stärke unserer parlamentarischen Vertretung in ein günstigeres Verhältnis zur Zahl der sozialistischen Wähler gesetzt wird.

O. G.

Politische Ueberblick.

Berlin, den 26. Juli.

Der Staat eine Kleinkinder-Bewahranstalt — das ist das Ideal jener Weltanschauung, deren Welt zur einen Hälfte aus einer Kinderstube und zur anderen aus einer Polizei-Wachstube besteht und deren politisches System sich patriarchalisches oder väterliches Regiment nennt. Da das väterliche Regiment auch das väterliche Zuchtungsrecht in sich schließt, so gehört natürlich zur Kleinkinder-Bewahranstalt als wesentliche Ergänzung eine Zuchtungsanstalt für die ungezogenen Kinder, die nicht Ordre pariren.

In den vierziger Jahren kam das väterliche Regiment, dessen berühmtester Vertreter Metternich hieß, stark in Mißkredit. Nach dem Sturze Metternichs durch die Märzrevolution nahmen die Herren Reaktionsäre das Wort „patriarchalisches Staat“ und „väterliches Regiment“ nicht gern in den Mund, und da es in den dynastischen Kram Preußens paßte, wurde sogar von den Geheim-Anhängern des „patriarchalischen Staates“ sehr eifrig über denselben gespottet, und über den bösen Bundesstagn, und sein väterliches Regiment die Lauge bittersten Hohns ausgegossen.

Indessen die Zeiten änderten sich. Das neue Deutsche Reich, weil unter der Herrschaft der nämlichen Leute, die vor 1848 das Jückerbrot und die Peitsche des patriarchalischen Staates verabreicht hatten, kam sehr bald auf die Wege des Bundesstags, so daß der neue Bundesrath dem alten Bundesstagn sehr bald zum Verwechseln ähnlich sah. Schließlich sind wir, nach 32-jährigem Herumtappen im Irrgarten der „nationalen Politik“, glücklich wieder beim väterlichen Regiment angelangt und brauchen uns des Namens nicht mehr zu schämen, nachdem wir die Sache schon seit so langer Zeit lustig betrieben haben.

Hören wir zu, wie der fromme „Reichsbote“, der sich im Ab- wie Anlegen von Masken eine gewisse Virtuosität erworben hat, — hören wir, wie er die Nothwendigkeit der Beseitigung des allgemeinen und gleichen Wahlrechts vom Standpunkte des väterlichen Regiments aus darlegt. So sagt der „Reichsbote“ in einem Leitartikel „Zur Frage (man merke: Zur Frage!) des allgemeinen Wahlrechts“:

Das Volk als Masse ist ein Kind, zu dessen Vormund die legitime Obrigkeit gesetzt ist und

bei dem Rechte und Pflichten auf das sorgfältigste gewogen werden müssen, wenn es nicht in Gefahren und Irrwege stürzen soll. Bei dem allgemeinen gleichen Wahrecht fehlt bisher jeder erzieherische Grundgedanke, es ruht auf den falschen Fundamenten der entmenslichten naturalistischen Weltanschauung und jener Fiktion der Volkssouveränität, wie sie der Liberalismus als Nachklang der französischen Revolutionsideen in Deutschland gepflegt hat. Über nicht nur antiautoritär, antimonarchisch, antinational wirkt dies Wahrecht mehr und mehr, es ist auch vielfach verunft- und kulturfeindlich. Wenn schon der große Dichter sagte, daß Verstand immer nur bei wenigen gewesen sei, und er daher die majestas populi in seinem Diktation ebenso kühl und abweisend behandelte wie in seinem „Demetrius“, so wird das Verständnis für die idealen geistigen Güter, für die höheren politischen Potenzen des Staatslebens, für die ewigen, geschichtlichen Realitäten, in der Masse immer nur ein unvollkommenes bleiben, nicht wenige derselben werden gegen ihren Durchschnittpunkt erhalten, geschäftigt und fortgepflanzt werden müssen. ... Völlig verfehlt die atomistische Grundlage dieses arithmetisch-mechanischen Wahrechts endlich für Lösung religiöser und sittlicher Probleme. Hier wird sie geradezu zu einem Demoniis, weil wahre Fortschritte zuerst immer nur gegen den Strom der Zeit, der ja selbst im falschen Bett läuft, erstrebt werden müssen. Hier hängt sich das Wahrecht in die Speichen mit der Erregung der niedrigsten Instanzen gegen religiöse und sittliche Gebungen des Volkes. Wäre seine Basis richtig, so hätten die Juden auch weltgeschichtlich recht gehabt, als sie in einstimmiger Mehrheit Christus auf Golgatha kreuzigten und den Ausrührer Barabbas lobeten.

So der „Reichsbote“. Und so dieser miederlich-polizeigeistige Gallimathias, für welchen der Urheber in seiner Reaktionswuth den sonst so verhassten Dichter der „Räuber“, des „Fiesko“, des „Don Carlos“ und des „Wilhelm Tell“ als Eideshelfer anruft — wohl weil er sich zu Schiller, dem Schöpfer des Kapuziners und Bachmeisterers in Wallenstein's Lager, die beide in seiner Person vereinigt sind, in einer Act von Kindesverhältniß sieht. Der Stil ist der Mensch. Aus dieser Bachmeister-Kapuzinade heraus klingt aber laut und vernehmlich das Programm und die Weltanschauung des väterlichen Regiments hervor — die wieder modisch und modern gewordene Grundweisheit des deutschen Bundestages und seines Oberpriesters Metternich:

„Das Volk als Masse ist ein Kind, zu dessen Vormundschaft die legitime Obrigkeit gesetzt ist.“

Von wem? das hat der „Reichsbote“ leider zu sagen vergessen. —

Deutsches Reich.

Zur Ebenbürtigkeitsfrage. Der Urheber der Veröffentlichung des „Talis Lippe“ in der „Neuen Bayer. Landesztg.“ bemerkt jetzt zu den Anzeigungen, denen seine Ausführungen begegnet sind, folgendes:

Die Zeitungen können sich darauf verlassen, daß der Kaiser das Telegramm so abgefaßt und abgefaßt hat, wie ich es bekannt gegeben habe. Im übrigen irrtümliche Schlussfolgerungen hinzuzufügen, bemerke ich, daß nach meiner Auffassung das deutsche Militär überhaupt nicht verpöndet, Personen männlichen oder weiblichen Geschlechts, mit Ausnahme der regierenden Fürsten, zu grüßen, wenn dieselben nicht einen sichtbaren militärischen Rang bekleiden. Wenn jedoch in jedem anderen deutschen Lande die militärische Ehrenbezeugung selber auf die kleinen Prinzelein und Prinzeßinnen erstreckt wird, dann hat auch der Regent von Lippe Anspruch darauf, daß seinen erwachsenen Söhnen und Töchtern dieselbe Achtung wie anderen durch- und erlauchteren Höflichkeit erwiesen werde. Die Verweigerung des Grußes ... war eine Beleidigung. Uebrigens steht der Regent von Lippe mit seiner Beschwerde nicht allein da, auch andere Bundesfürsten sind schon ähnlich angegriffen und beschimpft worden, aber sie haben das Unrecht ertragen und das Unfähige hinuntergeschickt. Auch ein bekannter bayerischer Prinz könnte hierüber eine Erfahrung auskramen.

Das liegt ja gerade, als sollten noch weitere Dinge ausgegraben werden! —

Der Donner-Korpsstudent und die Burschenschaften. Kürzlich ging durch die Presse die Nachricht, daß die versammelten Vertreter der deutschen Burschenschaften in Eisenach die Abfindung eines Huldbigungs-Telegramms an den Kaiser abgelehnt haben. Diese Nachricht erregte in den „gutgesinnten“ Kreisen allgemeines Aufsehen und Befremden. Die Erklärung der offiziellen „Burschenschaftlichen Blätter“, worin diese Unterlassung eines Huldbigungs-Telegramms als selbstverständliche Forderung des öffentlichen Takt und der einfachsten Selbstachtung erscheint, nachdem wiederholte Telegramme der Burschenschaftler thatsächlich abgelehnt worden, hat die Angelegenheit keineswegs aus der Welt geschafft.

Es wäre — so schreiben die nationalliberalen „Münchener Neuesten Nachrichten“ — unseres Erachtens unklug, sich über die Thatsache hinwegzusetzen, daß die Stimmung, die bei dieser Gelegenheit aus den Kreisen der Burschenschaften heraus an die Öffentlichkeit getreten ist, auch über diese Burschenschaften hinaus einen sehr großen und stets wachsenden Theil der Studentenschaft allmählich erfüllt; und es dürfte richtiger sein, sich über die bedauerliche und politisch recht bedeutensame Sachlage ruhig auszupprechen. In der Regel treten Zwischenfälle, die sich irgendwo an die Person des Kaisers knüpfen, naturgemäß nicht in die Öffentlichkeit. So ist uns ein Vorfall bekannt, der sich vor einigen Jahren an einer Universität abgespielt hat und für die Stimmung weiter studentischer Kreise, wie sie jetzt öffentlich bekannt wird, sehr bezeichnend war. Es handelte sich darum, in einer größeren Versammlung über die Huldbigung der Studentenschaft bei einem bevorstehenden Kaiserbesuch zu beraten. Dabei erklärte ein Vertreter der Korps, der Vortritt bei der Aufsicht gebühre selbstverständlich ihnen, da der Kaiser bekanntlich alter Herr eines Korps sei und nach altem akademischem Gebrauch immer diejenige Korporation den Vortritt habe, der der Geseleite angehöre. Daraufhin wurde von einem Vertreter der übrigen Studentenschaft erklärt, man müsse schon den bloßen Gedanken an die Möglichkeit, der Kaiser könnte sich als Angehöriger eines bestimmten Theiles der Studentenschaft fühlen, der noch dazu mit der erdrückenden Mehrheit in einem gewissen Gegensatz stehe, als Majestätsbeleidigung betrachten. Wir wissen, daß auch sonst gegenüber den gelegentlichen, von zahlreichen einschüchtern Angehörigen der Korps selbst verurtheilten und bedauerten Versuchen, den Kaiser ausschließlich für die studentischen Korps in Anspruch zu nehmen, an verschiedenen Universitäten, schon in sehr drastischer Weise die Einsprüche zur Ausprägung gekommen sind, die dadurch in dem übrigen Theil der Studentenschaft nachgerufen werden. In der studentischen Welt ist man in sehr weiten Kreisen überzeugt, und man spricht sich mit der dem jugendlichen Alter eigenen Vehementigkeit zu genüge darüber aus, daß dem Kaiser von seiner fast aus schließlich aus ehemaligen Korpsstudenten bestehenden Umgebung ein unwichtiges und entheiltes Bild von den Burschenschaften und der übrigen Studentenschaft entworfen wird, und daß er ganz naturgemäß auf Grund dieser ihm beigebrachten Vorstellungen die übrige Studentenschaft unter schätze. Nicht gegen den Kaiser persönlich sind alle die Vorwürfe gerichtet, die in der Studentenschaft in immer höherem Grade laut werden, sondern gegen seine Umgebung, die allerdings eine schwere Verantwortung auf sich nimmt, wenn sie es nicht für ihre Pflicht erachtet, auch derartige Klümpchen, wie sie sich an das Kaiserthum anhängen, des diesjährigen Konvents der deutschen Burschenschaften gänzlich zu beseitigen.

dem Kaiser zur Kenntniß zu bringen. Es ist eine der wichtigsten Fragen für die gedeihliche Weiterentwicklung unserer inneren Zustände, daß der reiche Schatz von besserem Patriotismus und aufrichtig monarchischer Gesinnung bei unserer heranwachsenden akademischen Jugend nicht durch unkluge Sonderübungen und Vorurtheile langsam vernichtet wird.

So nergelt die gutbürgerliche Presse herum an dem, was der Kaiser thut und was er zu thun unterläßt. Wenn der Kaiser den Grafen zu Lippe antwortet, so gefällt die Antwort nicht. Wenn er den Burschenschaften nicht antwortet, so ist's auch nicht recht. Wie soll er es um diesen eingeweichten Nörgelkränzen recht machen?

Wir verstehen eigentlich nicht recht, wie jene Leute, die stets ihre unentwegt monarchische Gesinnung betonen und an ein „Königthum von Gottes Gnaden“ zu glauben behaupten, zu dergleichen Ausstellungen und Kränkeln des Monarchen sich berechtigt erachten! —

Kritik es? Die „Verl. Neuest. Nachr.“ schreiben:

In den Kreisen unserer höheren Beamtenwelt erregt die Verzagtheit der Reibung der Chefspräsidentenstelle bei der Ober-Rechnungskammer, die seit dem Tode des Chefspräsidenten v. Wolf erledigt ist, Aufmerksamkeit. Man bringt sie mit für den Herbst in Aussicht stehenden ministeriellen Veränderungen in Zusammenhang. Wie weit diese Annahme den Thatsachen entspricht, vermögen wir nicht festzustellen.

Unsere Minister sind bekanntlich keinen Tag vor dem Lucanus sicher.

Ueber eine kleine Kritik in Elsaß-Lothringen wird der „Voss. Jtg.“ geschrieben:

In unterrichteten Kreisen ist man der Ansicht, daß es zum Rücktritt des Staatssekretärs v. Puttkamer kommen werde. Während und nach den Reichstagswahlen hatte die ultramontan-protektionistische Presse eine Sprache geführt, die den Statthalter in höchstem Grade verstimmt. Er verlangte vom Staatssekretär Maßregeln, die den Ausschreitungen der Presse, besonders des „Elsässer“ in Straßburg und des „Lorrain“ in Metz ein Ziel setzten, und wollte, als der Staatssekretär erklärte, auf Grund des Preßgesetzes nicht einschreiten zu können, die Blätter auf Grund des Diktaturparaphen unterdrücken. In der That wurde auch ein dahin gehender Befehl in der Kanzlei des Statthalters ausgearbeitet, der dann dem Ministerium zur Befehlsmachung und Ausführung überreicht wurde. Herr v. Puttkamer soll sich nur aus Gründen der höheren Politik geweigert haben, die Unterdrückung zur Durchführung zu bringen und dabei von dem Reichs-Sankler, an den er sich wandte, unterstützt worden sein. In der That ist die Verfügung nicht bekannt gemacht, sondern die ganze Angelegenheit bis zur Rückkehr des Kaisers nach Berlin zurückgestellt worden. Sobald diese erfolgt ist, dürfte dann die Frage entschieden werden, ob eine gründliche Aenderung in der Elsaß-Lothringischen Politik erfolgen solle. Ohne Rücktritt des gegenwärtigen Staatssekretärs wird man sich diese wohl kaum denken können.

An eine „gründliche Aenderung“ in der Elsaß-Lothringischen Politik glauben wir so leicht nicht. —

Die nächste Reichstagsession. Wie die „Tägliche Rundschau“ mittheilt, nimmt man in unterrichteten Kreisen an, daß der Reichstag in der zweiten oder dritten Woche des Monats November eröffnet werden wird. Selbstverständlich liegt heute darüber noch kein bindender Beschluß vor. Eine wesentliche Aenderung des in Aussicht genommenen Zeitpunktes ist indessen sehr unwahrscheinlich. Den Bundesrath erwartet dieses Mal nach seinem Wiederzusammentritt im Herbst ein sehr umfangreiches Arbeitspensum, das eine frühere Einberufung des Reichstages ausschließt. Zunächst wird ihn eine ganze Reihe größerer Vorlagen beschäftigen, die in den Reichsämtern bereits fertiggestellt sind oder der Fertigstellung entgegengehen. Vor Anfang Oktober kann der Bundesrath den Etat auch diesmal nicht erwarten. Noch sind die Aufstellungen der einzelnen Ressorts nicht im Reichsfinanzamt eingegangen; vor Anfang September wird dieses daher schwerlich seine Zeit und viele Verhandlungen beanspruchende anspruchsvolle Arbeit beghinnen können.

Unter diesen Umständen darf es als sicher gelten, daß zwischen Wahltag und Reichstagsöffnung fünf Monate verstreichen, eine erheblich längere Frist, als je seit dem Bestehen des Deutschen Reiches. Daß die Reichstags, die nach der in den Jahren 1873, 1878, 1887 und 1893 erfolgten Auflösung ihrer Vorgänger immerhalb 60 Tage von dem Datum der letzteren einberufen werden mußten, war in der Verfassung vorgesehen. Aber über den Zusammentritt eines Reichstages, der nach dem ordnungsmäßigen Erlöschen des Mandats seines Vorgängers gewählt ist, enthält diese keine Bestimmungen. Sie sieht nur vor, daß der Reichstag sich nicht versammeln und seine Thätigkeit beginnen darf, ohne vom Kaiser berufen und eröffnet zu sein, und sie legt diesem nur mittelbar die Verpflichtung auf, ihn in Jahresfrist zu berufen, weil der Reichstag in jedem Jahre mindestens einmal zu berufen ist. Bisher ist aber mit einer einzigen Ausnahme die neunzigtägige Frist auch für die nach ordnungsmäßigem Mandatsablauf gewählten Reichstags eingehalten. Der auf Grund der Verfassung gewählte erste deutsche Reichstag trat am 21. März, also nach 82 Tagen, zusammen; der Reichstag von 1877 nach 43, der von 1884 nach 24 und der von 1890 nach 76 Tagen. Nur im Jahre 1881 wurde eine Ausnahme gemacht. Obwohl das Mandat des 4. Reichstages am 30. Juli abgelaufen war, wurde damals die Neuwahl erst am 31. August für den 27. Oktober ausgeschrieben, und der Reichstag dann auf den 17. November einberufen, also nach einer Zwischenzeit von 110 Tagen. Aber auch diese Frist wird durch die jetzt zu erwartende von rund 5 Monaten erheblich übertroffen werden. —

Von der fortschreitenden Entwicklung der Kleinbahnen in Preußen geben folgende Zahlen ein anschauliches Bild. An Bahnen, welche dem Kleinbahn-Gesetze vom 28. Juli 1892 unterstellt sind, waren am Ausgang 1893, also 4 Jahre nach dem Inkrafttreten des Gesetzes, 17 mit einer Gesamtlänge von 539,6 Kilometern im Betriebe. Bis zum 30. September 1895, also in 1 1/2 Jahren, hatte sich die Zahl auf 40 mit einer Gesamtlänge von 2035,4 Kilometern vermehrt. Sie stieg bis zum 30. September 1896, also in einem Jahre, auf 76 mit einer Gesamtlänge von 2811,2 Kilometern und bis zum 30. September 1897, also in einem weiteren Jahre, auf 190 mit einer Gesamtlänge von 3948,4 Kilometern. In diesem einen letzten Jahre sind also 44 Kleinbahnen mit 1137,2 Kilometern Gesamtlänge dem Verkehr dienstbar gemacht.

In den deutsch-russischen Verkehrsverhältnissen. Wie man in den Kreisen der Industrie über die agrarische Agitation gegen den wirtschaftlichen Frieden mit Rußland denkt, davon findet sich in der neuesten Nummer des „Centralblattes der Walzwerke“ ein beachtenswerther Beitrag. Der Verfasser des betreffenden Artikels ist ein hervorragender Großindustrieller, der in allen Kreisen der Stahl-, Eisen- und Hütten-Industrie, besonders in bezug auf den Export als eine richtunggebende und weisererfahrenere Autorität angesehen wird. Er kennzeichnet die auf gänzlicher Unkenntniß der russischen Verhältnisse beruhende ultra-agrarische Agitation als eine Verhöhnung, die in der öffentlichen Meinung Rußlands Unförmlich geradezu Deutschland schädliche Mißverständnisse sätet, und erklärt, Rußland sei für die deutsche Stahl-, Eisen-, Maschinen- und chemische Industrie ein jedes Jahr an Bedeutung wachsendes Absatzgebiet geworden, so daß diese hundert von Millionen umfassenen Interessen viel zu groß seien, um gegenüber der Frage des Imports von möglichen russischen Gütern gering geschätzt zu werden.

Der Parteitag der süddeutschen Volkspartei, der dieses Jahr in Stuttgart abgehalten werden soll, ist für Ende September in Aussicht genommen.

Graf Kanitz sucht jetzt seinen Protest gegen die Bildung von Rentengütern an der Grenze seines Besitzthums zu entschuldigen. Er kann aber mit seinen Ausführungen die Thatsache selbst in keiner Weise aus der Welt schaffen. —

Aus dem Reiche des Herrn v. Ballestrem. Aus Ober

Schlesien wird uns geschrieben: In Ruda und Jabrze sind eine Anzahl Mitglieder aus den Arbeitervereinen ausgeschloffen worden, weil sie bei der Wahl als Sozialdemokraten hervorgetreten sind. Ruda ist der Sitz der „Herrschaft“ Ballestrem's, des „großen“ Polen- und Sozialistenhändlers. Hoffentlich haben die Ausschloffen die Wirkung, daß möglichst viel sozialdemokratisch gesinnte Mitglieder nummehr von selbst austreten. Auch die Arbeiter- und Arbeitervereine, die vollständig unter der Herrschaft der Kapläne stehen, schließen Sozialdemokraten aus. Wir haben nicht das geringste dagegen. —

Stimmenkauf bei der Wahl in Dortmund? Die „Rheinische Westfäl. Arbeiter-Zeitung“ schreibt: Der Erste Staatsanwalt, Herr Haarmann, hat in der Angelegenheit des Kaufes von Stimmen polnischer Wähler die Einleitung einer Voruntersuchung abgelehnt, weil die Behauptungen der Anzeige und der Presse zu unbestimmt seien. Abgesehen davon, daß dieses Urtheil nicht zutreffen dürfte, ist es doch gerade die Aufgabe der Staatsanwaltschaft, den für das Vorliegen eines Verbrechens sprechenden Anzeigen nachzugehen, und wir wenigstens halten Stimmenkauf noch für ein — in Deutschland allerdings glücklicherweise seltenes — Verbrechen. Der Erste Staatsanwalt hat sogar die Vernehmung Dr. Kägenau's, der sein Zeugniß anbot, einfach abgelehnt. Natürlich ist damit die Sache noch nicht zu Ende. In allen politisch urtheilsfähigen Kreisen hält man diese Angelegenheit schon deshalb für der Aufklärung bedürftig, weil die Abstimmung der Polen für Hilba eine Anomalie, etwas aus sachlichen Gründen kaum begriffliches ist, die Mitwirkung anderer und zwar ungehöriger Momente also von vornherein mit einigen Grunde vernünftet werden kann.

Das Gesetz gegen den unlauteren Wettbewerb und das Reichsgericht. Ein Geschäftsinhaber war wegen Verletzung dieses Gesetzes verurtheilt worden. Er hatte in einem Prospekt seine Waare in reklamehafter Weise angepriesen und sollte dabei un-wahre Thatsachen vorgebildet haben. Nun wird, damit § 1 des Gesetzes angewendet werden kann, Angaben thatsächlicher Art erforderlich, die geeignet sind, den Anschein eines gesonderten günstigen Angebots hervorzurufen. Das verurtheilende Gericht hatte nur die Worte an der Spitze des Prospekts: „Den bisherigen Methoden in jeder Weise überlegen“ und das Versprechen der „außerordentlichen Haltbarkeit“ als unter dem Begriff der „Angaben thatsächlicher Art“ im Sinne des § 1 fallend erachtet. Das Reichsgericht hat auf die eingelegte Revision das Urtheil aufgehoben, weil es in den Gründen eine Verletzung jenes Begriffs erblickte, und führte unter Bezugnahme auf die Motive zu den §§ 1—4 des Gesetzes aus: „Im Gegensatz zu den Angaben thatsächlicher Art stehen Versicherungen, die nicht sowohl konkrete Umstände hervorheben, als vielmehr mit Redensarten allgemeiner Natur Lobeserhebungen enthalten, und zwar werden hierher am sichersten solche Redewendungen zu rechnen sein, die gerade durch das Hochstrabende der gewählten Ausdrücke bei dem verständigen Leser die Ansicht hervorzurufen, daß es sich nicht um die Fügung bestimmter Thatsachen, sondern um ein marktgerichtliches Anpreisen handelt, das eher Zweifel als den Glauben an die Richtigkeit begründet. Dies gilt von den genannten Redewendungen, die eine Angabe bestimmter Thatsachen nicht enthalten.“ —

Vom Kampf gegen die großen Waarenhändler. In einer Versammlung des Kölner Vereins gegen Unwesen in Handel und Gewerbe hielt Rechtsanwalt Julius Bagem, von dem Eingeweihte sagen, er sei von den führenden Männern im Zentrum der einflussreichsten, eine Rede, die die hitzigen Gegner der großen Waarenhändler verschmähend dürfte. Er sagte unter anderem: Mit Versicherungen des Unmuths und mit Kraftsprüchen sei in dieser Sache nichts gethan. Die Schaffung einer Sondersteuer, einer der großen Steuern auf den Leib geschüttelten eigenen Steuer, sei sehr schwierig; eine Reichssteuer sei ausgeschlossen, und die Einführung einer Sondersteuer in den Einzelstaaten scheine den größten Hindernissen zu begegnen. Man müsse zu der Ueberzeugung kommen, daß auf absehbare Zeiten auf diesem Wege zu keinem Erfolge zu gelangen sei. Man müsse an etwas Gegebenem, und zwar an dem Kommunalabgaben-Gesetz anknüpfen. Dieses sehe eine besondere Kommunal-Gewerbesteuer vor und diese biete die Handhabe, die großen Häuser schon jetzt stärker heranzuziehen. Den Gedanken an eine Erbschaftsteuer möge man sich aus dem Sinn schlagen. Durch die stärkere Heranziehung zur Steuer würden, das lehre ein Blick auf Frankreich, die großen Waarenhändler nicht verschwinden. —

In den Massenerkrankungen in der Altonaer Kaserne schreibt der „Hamb. Corr.“: Durch die Blätter geht eine Notiz der „Allgemeinen Fleisch-Ztg.“, welche die Massenerkrankungen in der Altonaer Infanterie-Kaserne auf den Genuß verdorbenen amerikanischen Schweinefleisches zurückführt. Diese Darstellungen sind keineswegs zuverlässig. Die Untersuchungen der militärischen Behörden über die Krankheitsursache sind vorläufig noch nicht abgeschlossen und haben also auch noch kein Resultat ergeben, das die Auffassung der „Fleisch-Ztg.“ bestätigte und die namentlich von der agrarischen Presse gezogenen Folgerungen rechtfertigte. —

Ausweisungen in Schleswig. In Nordfriesland machen, wie der „Rostocker Zeitung“ geschrieben wird, wieder Ausweisungen von sich reden. Kaufmann Luyen in Gaderleben, Müller Hansen in Hol. Hofbessiger Sejer in Osterlind und Meierewerwalter Widstrup in Döbby sind Dänen, welchen niemand eine besondere Schwärmerie für Deutschland zuzuschreiben wird, sie haben sich aber öffentlich oder wahrnehmbar an politischen Agitationen nicht betheilig, sie sind ausgewiesen, weil sie „lästig“ gefallen sind. Warum, das braucht die Verwaltungsbehörde nicht zu sagen. Daher kommt es, daß solche Maßnahmen stets eine Reihe von Gerüchten in Umlauf bringen, die nicht geeignet sind, das Ansehen der Verwaltung zu erhöhen, und was müssen das für Ausweisungen sein, wenn „Dannevirte“ z. B. in Nr. 169 vom 23. Juli schreibt: „Man wußte in diesem Falle annehmen, daß der Grund der Ausweisung auf einem Gebiet liegt und von so leichtsamer Beschaffenheit ist, daß man sich fräut, an die Möglichkeit zu denken.“ — Hieraus ergibt sich die Nothwendigkeit, daß derartige Ausweisungen — die wir von unserem Standpunkt durchaus verwerfen — wenn sie nur einmal vorgenommen, auch mit genügender Begründung versehen werden.

Zur Wassernoth in Königshütte berichtet das „Oberö. Tagel.“: Bis Freitag nachmittag 4 1/2 Uhr waren sämtliche Reservoirs geleert und die Stadt Königshütte befindet sich ohne Wasser. Die Noth ist so groß, daß bereits recht zweifelhafte Flüssigkeiten aus Gräben und Pfützen geschöpft werden. Erster Bürgermeister Stolle, Stadtrath Fleisch und Vergrath Döbers begaben sich gestern an die Stelle des Rohrbruchs zwischen Radzionka und Trodenberg. Die Arbeiter an der Beschleife wurden ohne Unterbrechung auch während der Nachtstunden fortgesetzt. Zweiter Bürgermeister Gahle-mann fuhr gestern nach Lipine, um von der dortigen Gemeinde die Abgabe von Wasser zu erwirken. Auch unsere Nachbarstadt Antonow erklärte sich bereit zur Abgabe. Sechs städtische Gespanne, vier Sprengwagen und zwei Küffen, fuhren die Nacht hindurch aus vorerwähnten Orten Wasser herzu. Dasselbe wurde im Hofe des Rathhauses unter polizeilicher Aufsicht vertheilt. Die Menge der die Sprengwagen Belagerten war nur schwer zu zählen. Nach Leerung eines jeden Fasses hielt die Menge der unverzorgt Gebliebenen den Hof des Rathhauses bis zum Eintreffen des nächsten Wagens besetzt. Heute dauert die Zufuhr von Wasser aus Antonow und Lipine und dessen Vertheilung unter polizeilicher Aufsicht im Hofe des Rathhauses fort. Die Junglinge zu dem Hofe werden von hunderten mit Rammen, Eimern und Keilen Bewaffneter belagert und bei jedem neuankommenden Wagen entpfeifen sich heisse Kämpfe um die kostbare Flüssigkeit. Im Laufe des heutigen Vormittags ging von der Vergnügung die telephonische Meldung ein, daß voraussichtlich nachmittags zwischen 8 und 4 Uhr die Katastrophe beendet sein wird. Der Rohrbruch ist bei Posten 2 der Straße

Die Kieler Schiffschiffahrt. Der schwer verwundete Matrose ist der Signalist Kraumüller vom Tender „Min“, der Sohn einer in Hamburg wohnenden Wittve. Nach der freisinnigen „Kieler Ztg.“ ist Kraumüller arbeitslos gewesen, weil er unterlassen, einen Offizier zu grüßen.

Und eines so geringen Vorkommnisses wegen wird Kraumüller voranschicklich dauernd ein Krüppel bleiben. Der rechte Oberschenkelmuskeln soll durch das Geschloß zerplittert sein, so daß voranschicklich das Bein amputiert werden muß.

Wann wird endlich diese militärische Vorschrift beseitigt werden, die Leben und Gesundheit von Menschen wegen geringfügiger Kleinigkeiten aufs Spiel setzt. Die Patrouille mußte, da ihre Befehle nicht beachtet wurden, auf den Flüchtling feuern, so berichtet die marineoffizielle „Nord-Deutsche Ztg.“ Die Patrouille trifft daher auch kein Vorwurf, aber die Instruktion, der sie folgte, bedarf aufs dringlichste der Abänderung.

Das sächsische „Ordnungs-Karteell“ zwischen Konservativen, National-Liberalen und sogenannten „Kamerforcht“-Parteien hat bei den letzten Reichstagswahlen noch einigermaßen zusammengehalten. Schon jetzt aber wird in national-liberalen Kreisen für selbständiges Vorgehen bei den im nächsten Jahre stattfindenden Landtagswahlen Propaganda gemacht.

Wie der „Dresdener Anzeiger“ berichtet, haben in den letzten Tagen Vesperechungen liberaler Männer über die Wahlen zum nächsten Landtage stattgefunden, bei welcher Gelegenheit auch die Frage des Kartells erwogen wurde. Man kam zu der Ansicht, daß angesichts der Thatsache, daß die Liberalen Sachsens wieder bedeutend an Stimmenzahl gewonnen haben, es sich doch empfehlen dürfte, in verschiedenen Wahlkreisen mit eigener Kandidaten vorzugehen. Bei der nächsten Wahl werden an Eigen frei: von den Konservativen 17, von den National-Liberalen 5, von den Kamerforcht-Parteien 2 und von den Sozialdemokraten 4. Was die sogenannte Westsachsenfrage anlangt, so wird diese besonders scharf in den Kreisen hervortreten, die bis jetzt von Sozialdemokraten behauptet wurden. . . . Und, wie die national-liberale „Dresdner Ztg.“ hinzusetzt, dürfte auch in den anderen Wahlkreisen als notwendige Folge der sich überall bemerkbar machenden Minderstimmigkeit gegen die konservative Landtags-Fraktion sich ein lebhafter Kampf entspinnen.

Von welchen Gesichtspunkten sich die National-Liberalen leiten lassen, zeigt folgende Auslassung der „Dresdner Zeitung“:

Die Wahlen zum nächsten Landtag werden unter ganz anderen Bedingungen wie früher stattfinden. Die vorigen Landtagswahlen, die bereits unter der Herrschaft des Klassen-Wahlrechts stattfanden, haben den unzweifelhaften Beweis geliefert, daß unter dem jetzigen Wahlrecht sozialdemokratische Siege zur Unmöglichkeit geworden sind. Die einzelnen Ordnungsparteien können also ihre Kräfte frei entfalten, ohne daß der Vorwurf gegen sie erhoben werden kann, sie leisteten der Sozialdemokratie Vorschub. Damit ist der Ferrorismus, den die Konservativen vielfach unter Hinweis auf die sozialdemokratische Gefahr auf die Wählermassen und bereizt auch auf Parteien auszuüben in der Lage waren, gebrochen. Der Versuch kann also ungeschont unternommen werden, die unbeschränkte Herrschaft der Konservativen im sächsischen Landtage zu brechen. Ein solches Vorgehen wird umso eher auf die Zustimmung weiterer Kreise zu rechnen haben, als die Thätigkeit der konservativen Kamerforcht-Fraktion sehr unbefriedigende Ergebnisse gezeitigt hat. War es doch unter den bisherigen Verhältnissen fast unmöglich, berechtigten Forderungen der Bevölkerung, die von der konservativen Partei nicht gebilligt werden, Geltung zu verschaffen. Da die National-Liberalen bei der letzten Reichstagswahl eine Stimmenzahl erreicht haben, die derjenigen der konservativen Partei sehr wenig nachsteht, setzt man große Hoffnungen auf eine Wiedererlangung der liberalen Landtagsfraktion. Wahrscheinlich werden die Liberalen alles versuchen, eine solche Regelung der Verhältnisse herbeizuführen, bei der es nicht wie früher als selbstverständlich angesehen wird, daß der konservativen Partei der Löwenanteil zufällt.

Das ist, so bemerkt unser Dresdener Partei-Organ dazu, deutlich nach jeder Richtung hin. Die National-Liberalen sind durchaus nicht Gegner der Klassenwahl, denn sie hnebelt die Sozialdemokratie und nun kann man an die Theilung des Raubes gehen, wobei keine Rücksichten auf den konservativen Bundesgenossen zu nehmen sind.

Bayerische Eisenbahn-Reformen. In Bayern besteht bekanntlich ein ultramontaner Eisenbahnen-Verband, der den Zweck hat, die Eisenbahn-Bediensteten vor der Sozialdemokratie zu bewahren und ihr Vertrauen zu den Vorgesetzten zu stärken. Diesem Verband rechnen die Zentrumsblätter dem auch jede kleine Verbesserung, die von oben gewährt wird, zum Verdienst an. Thatsächlich ist es natürlich mehr die Furcht vor der zunehmenden Verbreitung der Sozialdemokratie in den Eisenbahnerkreisen, die jene Verbesserungen veranlaßt. Und wie sehen diese aus? Die „Münchener Post“ weis einiges darüber zu erzählen:

Der etwa den von den Zentrumsblättern aufgetragenen Kohl geglaubt hat, dem öfneten diverse Bekanntmachungen der Generaldirektion alsbald die ultramontanen Keugeln. So heißt es in einem Rundschreiben der Generaldirektion datirt, 3. Juli 1898, u. a.:

„Den Werkstättenarbeitern, welche mindestens eine dreijährige Dienstzeit zurückgelegt haben, wird in allen berücksichtigenden Fällen ein jährlicher Urlaub bis zu drei Tagen mit Freifahrtvorweis gewährt und auf die Urlaubsdauer der Tagelohn belassen. Die Generaldirektion bringt dies behufs weiterer Veranlassung und Verständigung des beteiligten Personal zum Ausdruck und erwartet, daß die Anwesenheit allgemein in wohlwollendster Weise gehandhabt, einer mäßigen Anspannung der Ansprüche der gewählten Vergünstigungen aber mit Entschiedenheit entgegengetreten werde.“

Dem beteiligten Personal der Münchener Zentralwerkstätte wurde hierauf durch Anschlag eiligt folgendes bekannt gegeben:

Bekanntmachung. Betreff: Urlaubsverhältnisse der Hilfsbediensteten, der ständigen Arbeiter des Eisenbahn-Betriebes der Bahnhauptverwaltung, sowie des Werkstätten-Betriebes.

Die Generaldirektion der L. B. Staats-Eisenbahnen hat mit Entschluß vom 3. Juli 1898 Nr. 45314 G. D. nebenbezeichneten Betreffs angeordnet, daß die Werkstättenarbeiter, welche mindestens eine dreijährige Dienstzeit zurückgelegt haben, in allen berücksichtigenden Fällen Urlaub bis zu drei Tagen mit Freifahrtvorweis gewährt und auf die Urlaubsdauer der Tagelohn belassen wird; ein förmlicher Anspruch hierauf jedoch nicht abgeleitet werden kann. Die diesbezüglichen mündlichen Gesuche sind an den Arbeitstagen an den betreffenden Dienstevorstand in der Zeit von 8^{1/2} bis 11 Uhr vormittags vorzubringen und müssen hinreichend begründet sein.

Es ist, wie die Dinge liegen, klar, daß auf diese Weise die Günstlingswirtschaft lippige Blüthen treiben wird.

Aber noch von einer anderen schönen „Reform“ weiß unser Münchener Partei-Organ zu berichten. Schon längst, so schreibt es, munkelte man in gewissen Kreisen davon, daß die Juristen der Generaldirektion mit einer gewaltigen Idee bezw. einer umwälzenden Reform im Staats-Eisenbahnbetrieb schwanger gingen. Man erwartete Großes und hatte sich in dieser Hinsicht nicht getäuscht. Denn eines schönen Tages kiebte am Anschlagbrett der Igl. Betriebswerkstätte ein großes Papier, auf dem geschrieben stand:

Bekanntmachung. Sämtliche Bedienstete und Arbeiter, welche entweder auf freier Strecke oder in einem Bahnhofe an einer Stelle beschäftigt sind, in deren Nähe ein Hof-Sonderzug vorüberfährt, haben während dieser Vorüberfahrt — Fälle von Verstoß auf Bezug ausgenommen — ihre Arbeit zu unterbrechen und den vorüberfahrenden Sonderzug zu begrüßen.

Diese Begrüßung hat seitens der Bediensteten, insofern sie Uniform tragen, in militärischer Form, insofern sie lediglich Dienstmäntel tragen, durch Abnahme derselben, seitens der Arbeiter ebenfalls durch Abnahme, in ehrerbietiger Haltung zu erfolgen. (Rundschreiben vom 2. Okt. 1888 Nr. 85 672/17 727 II. — Reisen Seiner Königlichen Hoheit des Prinz-Regenten betreffend).

München, den 19. Juli 1898. Igl. Betriebswerkstätte.

Die Wirkung dieser neuesten, bedeutungsvollen Verordnung war einfach fabelhaft. Überall wurde die Umgehung der bisherigen Zustände mit voller Hingebung und großem Eifer betrieben. Ein militärischer Zug ging durch die Reihen und mancher alte Eisenbahner, insofern er nämlich ein braver Eisenbahner ist, stand während der Frühstück- und Vesperpausen in einem Winkel und quälte sich im Schweige seines Angesichts ab, die krumm und steif gewordenen Beine militärisch durch, Bauch hinein und Brust heraus zu drücken. Andere musterten ihre Mühen und äbten ehrerbietige Haltung anzunehmen, um gelegentlich den vorüberfahrenden, eventuell auch leeren königl. Sonderzug vorchriftsmäßig begrüßen zu können.

Strafen für nicht genügend schnell ausgeführte Begrüßungen sind vorläufig noch nicht angedroht, doch das kommt noch. . . . Auf jeden Fall gebührt der königl. bayerischen Generaldirektion Ruhm und Ehre für diese bedeutungsvolle Reform. Sie sucht überall nach dem Besten und sollte sie das Gute wie in diesem Falle selbst von Rußland entlehnen müssen.

Die Lehren des spanisch-amerikanischen Krieges lassen den militärischen Geist, der in den Redaktionsräumen der „Kreuz-Zeitung“ spukt, noch immer nicht zur Ruhe kommen. Daß man ohne drei, allenfalls zweijährige Dienstzeit, und ohne Paradeschritt Siege erringt, verliert aber auch so sehr gegen das Dogma vom alleinigmachenden Militarismus, daß ein stärkerer Geist, als der der „Kreuz-Zeitung“, aus der Haut — natürlich geistigen Haut — fahren kann. Heute braucht der militärische Geist der „Kreuz-Zeitung“ über zwei Spalten, um zu beweisen, daß die Spanier unfehlbar gesiegt hätten, wenn sie so klug gewesen wären, wie der militärische Geist der „Kreuz-Zeitung“, und daß die Siege der Amerikaner gar nichts zu bedeuten haben, bei Lichte betrachtet gar keine Siege sind, weil ihnen die Weisheit des richtigen militärischen Geistes fehlt. Nun, es mag auch Donquixote's geben; die Welt wäre sonst gar zu langweilig. Und der Soldat, der als miles gloriosus (Kriegsprahler) oder als geschlagener, aber eigentlich siegreicher General, von seinen wunderbaren Schlachthaten erzählt, oder auf dem Papier ruhmvoll die Schlachten gewinnt, die er in Wirklichkeit verloren hat — ist seit Jahrtausende stehende Figur der Komödie.

Der militärische Geist der „Kreuz-Zeitung“ ist sehr böse auf den „Vorwärts“ zu sprechen, der Waimy und Jena noch nicht vergessen hat, welche „verschimmelten Gerichte“ freilich nicht nach dem Gaumen unserer hundertjährigen Zuständlers sind, — und er sucht uns un-militärische Geister durch die Mittheilung zu erschmettern, daß er „eine recht genaue Kenntniß“ des amerikanischen Kriegswesens habe, da er im amerikanischen Krieg gegen die Sklavenbarone (wohl auf deren Seite?) 20 Gefechte und Schlachten, sowie eine Verlagerung mitgemacht hat. Nun, das atlantische Meer ist zwar etwas weiter als Vater Rhein, aber unwillkürlich fällt uns doch das Verschen ein, das wir in unserer Heimath so oft gehört:

Es zog ein Gänselein wohl über den Rhein Und kam als ganze Gans wieder heim.

Uebrigens mag der „militärische Geist“ der „Kreuz-Ztg.“ einmal nachlesen, was ein deutscher Offizier, der die Vereinigten Staaten gut kennt, im — gewiß militärkommen — „Hannov. Kurier“ über den Werth der Vereinigten Staaten-Milizen — welche Milizen ja auch entfernt nicht etwa das Ideal einer organisierten Volkswehr nach unserer Auffassung darstellen — veröffentlicht. Dort heißt es:

Es ist in letzter Zeit viel Unzutreffendes über die Milizen der Vereinigten Staaten, aus denen sich die in Rußa zur Verwendung gelangenden Freiwilligen-Regimenter hauptsächlich zusammensetzen, geschrieben worden. Daß sich ein Milizsystem mit dem stehenden Heere eines modernen Militärstaates in bezug auf Ausbildung und Schlachtfertigkeit messen kann, steht außer Frage und wird vielleicht am wenigsten von dem Amerikaner selbst in Zweifel gezogen, der durchgehend eine sehr große Achtung vor der strengen Disziplin und der Durchbildung einer regulären Armee, insbesondere der deutschen, hat und wie auf manchen anderen Gebieten die eigenen Schwächen mit Humor bekennt. In der amerikanischen Miliz sind aber Eigenschaften vorhanden, die im Verabsoffalle aus dem nach unserer Begriffen ungeschulten Mann in weit kürzerer Zeit einen tüchtigen Soldaten schaffen können, wie dies bei uns der Fall wäre. Es ist dies vor allem seine durch das ganze Leben entwickelte praktische Findigkeit. Dazu tritt eine große Vorliebe für jede Art von Sport und das Umgehen mit Feuerwaffen vom Knabenalter an. Jenseit ein Schießunterricht beist jeder bemittelte Junge, mitunter sogar eine ganze Sammlung hiervon, und er kennt die verschiedenen Modifikationen bis ins Kleinste. Für die Umgebung nicht immer ungefährlich und mit Schuld daran, daß die Jagdverhältnisse in den bewohnten Gegenden so traurig geworden sind, zeitigt diese Reizung aber ein beachtenswerthes Interesse für Waffenübungen, und diese kommt der Ausbildung im Schießen zu gute. Das hat der Unabhängigkeitskrieg, das hat der Bürgerkrieg gezeitigt, und auch in diesem Kriege ist der Beweis hierfür geliefert.

Ueber den militärischen Geist einer nordamerikanischen Miliztruppe im Frieden hatte ich vor einigen Jahren Gelegenheit, mir ein Urtheil zu bilden, als ich als Gast des damaligen Gouverneurs von Pennsylvania, Mr. Beaver, eines Kriegsveteranen, eine Woche lang im Lager von Mount Gretna unweit Philadelphia den Übungen der pennsylvanischen Miliz beizuohnte und die kleinsten Einzelheiten des dortigen Dienstbetriebes kennen lernte. Zunächst war ich überrascht, daß von den 9000 eingeschriebenen Milizen des Staates etwa 8000 zum Dienst erschienen waren, daß also, Kranke abgerechnet, die Miliz fast vollständig erschienen war. Wenn man bedenkt, daß diese Übungen im heißesten Sommer stattfanden, den Truppen mancherlei Strapazen und Entbehrungen auferlegten, und daß es nicht zu schwer ist, sich von solchen Übungen frei zu machen, so zeugt diese Präsenzziffer allein von einem Interesse und Pflichtgefühl, wie es kaum übertroffen werden dürfte. Im Dienste wie außer Dienst machten die Leute einen durchaus guten Eindruck. Haltung und Anzug ließen wohl zu wünschen übrig, aber überall war Eifer für die Sache, für die eigentliche Dienstthätigkeit zu erkennen. Man hatte wohl Veranlassung, aber manches die Köpfe zu zuden, insbesondere über die veraltete Taktik, die seit 1865 keinen Fortschritt gemacht hatte, über die Dienstbesonnenheit konnte sich ein militärisches Auge aber nur freuen. Die Anforderungen an Disziplin wichen wohl mitunter sehr von den unsrigen ab, waren zum Theil aber auch strenger als bei uns. Ich erinnere mich besonders einer Waffenmusterung an einem der heiligsten Augusttage, gerade um die Mittagszeit. Das betreffende Regiment, in Kompagniefronten einandergerogen, wurde von dem Adjutant General, dem bisherigen Gouverneur Hastings, beaufsichtigt und stand, während dieser jedes einzelne Gewehr einer Musterung unterzog, von Anfang bis zu Ende still, was etwa 1 1/2 Stunden dauerte. Daß hierbei eine Menge Leute umfielen, war zu erwarten. Arzt und Lazarethgehilfen sorgten für Wiederbelebung, Offiziere und Reutenleute bekümmerten sich nicht darum. Als ich meine Verwunderung hierüber ausdrückte, wurde mir bedeutet, das gehöre zur Disziplin. Wir denken hierüber anders und würden darin Rücksichtslosigkeit, Mangel an Fürsorge für Untergebene, an kameradschaftlichem Gefühl erblicken; solche Auffassungen von Disziplin zeigen aber jedenfalls, welche Anforderungen die Leute an sich zu stellen bereit sind. . . .

Aus Ghas-Lothringen, 25. Juli. (Eig. Ber.) Angesichts der Hartnäckigkeit, mit welcher die Propaganda des Zentrums jede Segnerschaft ihrer Partei gegen die Aufrechterhaltung des allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Reichstags-Wahl-

rechtes in Abrede stellen, dürfte es von Interesse sein, an eine Episode aus dem jüngstverflorenen Reichstags-Wahlkampf in Ghas-Lothringen zu erinnern, durch welche die Stellungnahme einzelner Wortführer des deutschen Merkantilismus in der Wahlrechtsfrage denn doch in ein anderes Licht gerückt wird. Wie ich dem „Vorwärts“ s. J. im Laufe der Wahlbewegung bereits berichtet habe, nahm in einer Wählerversammlung zu Gebweiler im Oberloth der Redner der katholischen Landespartei, Stadtpfarrer Mueß von Wähl, insofern entschieden gegen die Gleichheit des bestehenden Wahlrechts Stellung, als er dem künftigen Aufbau desselben auf professioneller Vertretung durch Abgeordnete der einzelnen Berufsstände das Wort redete. Nach erfolgter Festsetzung dieser Neugliederungen in unserem reichsständlichen Parteiorgan erschien als Antwort in einer Reihe kleinerer Blätter des Landes eine offenbar absichtlich dunkel gehaltene Notiz, aus der aber das Eine deutlich genug hervorging, daß der Wortführer der katholischen Landespartei in Gebweiler thatsächlich die Abänderung des bestehenden Wahlrechts empfohlen hatte. In den Redaktionen der erwähnten Blätter kam niemand auf den Gedanken, den gefährlichen Sprecher zu desabouriren. Das Volk wird also angeführt solch bedenklicher Erklärungen gut daran thun, die Augen jederzeit offen zu halten und den Merkantilen „Vollstreibern“ recht genau auf die Finger zu sehen.

Chronik der Majestätsbeleidigungs-Prozesse. In öffentlicher Sitzung wurde am Montag vor der 4. Ferienstrassammer des Berliner Landgerichts I. gegen den Schlächtergesellen Anton Trübner eine Anklage wegen Majestätsbeleidigung verhandelt. Der Angeklagte, welcher in einer hiesigen größeren Schlächtereibschäftigt war, sah am 4. Mai mit seinem Nebengesellen beim Abendbrot. Das Gespräch drehte sich um das deutsche Heer, Trübner, welcher aus Bayern stammt, meinte, daß seine Landsleute und zumal die Offiziere, weit tüchtigere Soldaten seien, als die Preußen. Seine Kameraden hängelten ihn wegen dieser Behauptung, bis der Angeklagte sich dazu hinreichend ließ, eine schmächtliche Aeußerung mit bezug auf den Kaiser zu thun. Auf Umwegen kam die Sache zur Kenntniß der Behörde. Der Staatsanwalt beantragte gegen den Angeklagten eine Gefängnißstrafe von vier Monaten, der Gerichtshof belieh es mit Rücksicht darauf, daß der Angeklagte gereizt worden sei, bei einer Gefängnißstrafe von zwei Monaten.

Der Bergmann Johann Lis aus Paulsdorf wurde von der Gleiwitzer Strafsammer wegen Majestätsbeleidigung zu einer Jahr Gefängniß verurtheilt und sofort verhaftet.

Wegen Majestätsbeleidigung ist die letzte Nummer des humoristisch-satirischen Wochenblatts „Der Piffikus“ in München konfisziert worden.

Oesterreich.

Die Reichsrathssession ist geschlossen worden. Die Regierung giebt es auf, eine Einigung mit der Mehrheit des Parlaments zu erzielen. Es ist unangenehm, daß sie ohne Parlament auf Grund des § 14 regieren will. Durch die Schließung werden alle Vorarbeiten in der abgelaufenen Tagung hinfällig. Im Falle der Wiedereröffnung des Reichsrathes müßten sämtliche Regierungsvorlagen, darunter die Ausgleichsvorlagen und der diesjährige Voranschlag neu unterbreitet werden.

Ungarn.

Budapest, 26. Juli. Die „Magyar Ország“ meldet, finden zwischen der österreichischen und der ungarischen Regierung Verhandlungen statt wegen Schaffung eines Provisoriums in der Ausgleichsfrage. Baron Banffy habe die Demission des Kabinetts überreicht, welche aber nicht angenommen wurde. Der Kaiser habe vielmehr Banffy den Auftrag erteilt, eine neue Provisoriumsvorlage dem Abgeordnetenhause vorzulegen.

Frankreich.

Der „Socialiste“, das wöchentliche Zentralorgan der Guesdeistischen Arbeiterpartei, ist nach etwa zweijähriger Unterbrechung wieder erschienen. Die Erstzahl des Blattes ist mindestens für die zwei nächsten Jahre gesichert. Die erste Nummer enthält u. a. eine, wenn auch nicht parteiamtliche Erklärung über die Haltung der Partei in der Dreyfus-Affäre. Der Verfasser der Erklärung verneint es, für oder wider Partei zu nehmen, und setzt auseinander, warum die Arbeiterpartei es abgelehnt hat, die Sache zur Parteisache zu machen.

Paris, 25. Juli. Der Abgeordnete Labori überreichte heute dem Untersuchungsrichter Vertulus im Namen des Oberst Picquart eine Klage wegen Fälschung bezw. Mithäterschaft an einer Fälschung gegen den Major du Paty de Clam. Vertulus verhöre heute einzeln den Major Esterhazy und Fran Pays. Darauf konfrontire er beide.

Paris, 26. Juli. Der „Gaulois“ fordert den Justizminister auf, das Revisionsgesuch der Frau Dreyfus endlich formell ablehnend zu beschließen, da ein längeres Schwanken den Glauben erwecken könnte, daß das Revisionsgesuch gerecht sei. Der Royalist Baudry d'Asson kündigt eine Interpellation über die Flucht Zola's an. Der Ordenrath der Ehrenlegion prüfte gestern die Frage der Streichung Zola's und Reinach's aus der Ordensliste, verbot aber die Entscheidung bis zur endgiltigen gerichtlichen Regelung beider Angelegenheiten.

Paris, 26. Juli. (W. S.) Die Regierung beabsichtigt, die direkte Zuderausfuhr-Prämie für die nächste Campagne um 25 pCt. herabzusetzen.

Savoie, 25. Juli. Fünfzehn österreichische Matrosen von dem untergegangenen Dampfer „Vourgoigne“ sind gestern mit der „Bretagne“ hier eingetroffen und heute nach dem Gefängniß gebracht worden, wo sie nachmittags mit vier Passagieren der „Vourgoigne“ in Gegenwart eines Dolmetschers und des österreichisch-ungarischen Konsuls konfrontirt wurden. Neun Matrosen wurden sodann freigelassen, während die sechs übrigen zur Disposition der Gerichtsbehörde bleiben, doch sind die Belastungen wenig schwer. Eine Person, welche Drohungen mit dem Messer in der Hand ausgelegt haben soll, befand sich nicht an Bord der „Bretagne“.

Belgien.

Brüssel, 25. Juli. Hier wurde der internationale Schifffahrts-Kongreß im großen Saale des Akademiepalastes durch den Minister der öffentlichen Arbeiten, Debruyne, eröffnet. Etwa 1800 Personen sind anwesend. Es sprachen der Präsident des Kongresses, Gelleputte, die offiziellen Vertreter Deutschlands, Oesterreichs, Frankreichs, Ungarns, Hollands und Rußlands. Der Ministerialdirektor Schulz erwähnte in seiner Rede, die preussische Regierung werde vom nächsten Landtag 400 Mill. Mark für künstliche Wasserstraßen fordern.

Italien.

Die Wahl Edmondo de Amici's im ersten Turiner Wahlkreis hat die italienischen „Ordnungsparteien“ vollständig aus dem Häuschen gebracht, da man mit Sicherheit den Sieg des bürgerlichen Gegenkandidaten Rabbi erwartet hat. Der gemäßigste „Carriere della Sera“ in Mailand entwickelt in einem politischen Briefe aus Rom ein Bild von der in den römischen Regierungskreisen herrschenden Konfession und „Katerstimmung“. In den ministeriellen Kreisen, so schreibt das bürgerliche Blatt, hat die Wahl von Turin die größte Verstärkung hervorgerufen, und man spricht nur davon. Niemand hätte geglaubt, daß so etwas nach den jüngsten Ereignissen (gemeint sind die Tage des Aufstandes) passiren könnte und noch dazu in einer Stadt wie Turin, die als die ruhigste und „geordnetste“ von ganz Norditalien gilt. Man glaube, daß die sozialistischen und radikalen Streitkräfte zertrütert und bestürzt seien und die konservativen dagegen gestärkt und thätiger als je zuvor. Was geschah, kam also völlig unerwartet, und deshalb hat der Triumph der Sozialisten einen so tiefen Eindruck gemacht. Das ist eine Warnung für alle diejenigen, welche der Meinung sind, daß eine neue allgemeine Wahl im nächsten Herbst von Nutzen sein

würde, da die Sozialisten und die Radikalen mit den letzten Re-
pressionen ganz zerschmettert seien. Die Wahl von Turin zeigte,
dass diese Vermuthung ganz haltlos ist und bittere Enttäuschungen
bereiten kann. Das ist eine Mahnung für die bürgerlichen Parteien,
deren tiefe, bellagende Desorganisation immer deutlicher zu
Tage tritt. Sie sind geschwächt, uneinig, ohne jedes Ideal. Wenn
jezt Wahlen wären, würden die Sozialisten
sicherlich die Sieger sein." Der "Corriere" spricht dann
von der geradezu ausgezeichneten Organisation der sozialistischen
Partei: "Die Ernennung der Mitglieder der einzelnen Wahl-
bureaus war nur von Seiten der Sozialisten schon lange
vor der Wahl vollzogen worden, und jedermann war auf
seinem Posten, so dass fast sämtliche Wahlbureaus bei
beiden Wahlen (es fand eine Haupt- und eine Stichwahl statt) aus-
schließlich aus Sozialisten bestanden. Vor der Thür eines jeden
Wahllokals standen Zettelverteiler, darunter junge hübsche Frauen
und Mädchen mit rothen Kellen an der Brust. In jedem Wahllokal
standen Vertrauensmänner der Partei, die die Saumlischen und Ab-
wesenden heranziehen mussten." Diese Wahlthätigkeit, die in Deutsch-
land nicht besonders auffallen würde, scheint in Italien etwas Un-
gewöhnliches, Neues zu sein. Es sei noch bemerkt, dass die bürger-
lichen Parteien, die ihre Niederlage nicht verkraften können, gegen
die Wahl De Amicis' Protest erheben wollen, weil einige
Stimmen, die für Rabbi abgegeben wurden, nicht mitgezählt
worden sind, und weil bei der ersten Wahl Stichwahl zwischen
De Amicis' und Rabbi proklamiert wurde, während eigentlich
der konservative Kandidat Librario mit De Amicis in die Stich-
wahl kommen sollte. Librario hatte bald nach der ersten Wahl er-
klärt, dass er nur dann Protest erheben würde, wenn De Amicis
gewählt werden sollte, gegen Rabbi's Wahl habe er nichts einzu-
wenden. Der festgefügte Organisation der Turiner Sozialisten
dürfte es jedoch gelingen, die Nachschäfer der Gegner in jedem
Falle zu schänden zu machen.

269 Kandidaten für das Zwangsdomizil. Das Haupt-
organ der sozialistischen Partei, der "Avanti", theilt mit, dass bis
jetzt an das Ministerium des Innern aus Oberitalien 126, aus
Mittelitalien 88, aus Süditalien 88 Anträge auf Berücksichtigung in ein
Zwangsdomizil gelangt seien. Aus Sardinien und aus dem
sozialistisch stark "infiltrierten" Sizilien soll merkwürdigerweise noch
kein Antrag eingegangen sein.

Geniale Politiker. In bürgerlichen Blättern ist zu lesen:
"Der plötzliche Schluss der Parlamentstagung
hat zu den mannigfaltigsten Kombinationen Anlass gegeben. Die
richtigste Erklärung für diese Entschickung der Regierung scheint
die zu sein, dass die Regierung die Befreiung der
Immunität der Abgeordneten erreichen wollte, um
gegenüber den der Kammer angehörigen sozialistischen
Agitatoren freie Hand zu haben. Da General Bessoung
von Beginn seiner Ministerchaft an die baldige Aufhebung
des Belagerungszustandes in Aussicht genommen hatte und
andererseits voraussetzte, dass nach Wiederherstellung der
gewöhnlichen Rechtsordnung die gegen die Regierung gerichtete
Agitation mit Hochdruck betrieben werden würde, wollte er die Re-
gierung in den Stand setzen, auch gegen die während der Tagung
des Parlaments durch Immunität geschützten Hegei (1) vorgehen zu
können. Die sozialistischen Abgeordneten selbst haben die Schließung
des Parlaments als eine an ihre Adresse gerichtete Verwarnung auf-
gefasst."

Die italienischen "Staatsmänner", welche jetzt das Land
regieren, richten ihre Politik, wie man sieht, nach sehr hohen
Gesichtspunkten ein! Andererseits zeigt dieses Verhalten der
italienischen Regierung die maßlose Furcht, die man vor der
sozialistischen Kritik hat. —

Rom, 24. Juli. (Eig. Ber.) Mittwoch, den 27. d. M., be-
ginn vor dem Mailänder Kriegsgericht der Prozess gegen die De-
putierten Turati, Morgari und Da Andreis.
Turati ist nicht nur angeklagt, weil er auf dem Platze, wo
die Zusammenstöße zwischen Militär und Zivil stattfanden, be-
troffen wurde, sondern die Anklage behauptet von ihm ferner,
dass er selbst daran theilgenommen habe (in Wirklichkeit
war Turati nur nach dem Kampfsplatze geeilt, um die
aufgeregte Menge zu beschwichtigen, ja, dass er zum Bürgerkrieg
aufgefordert habe.

Morgari, der, wie wir s. B. mitgetheilt haben, erst am
9. Mai in Mailand ankam, also zu einer Zeit, zu der die Straßen-
kämpfe bereits beendet, wirts die Anklage vor, er habe die Italiener,
die in der Schweiz sich befanden, aufgereizt, nach Italien zu
kommen, um an den Revolutionen theilzunehmen. —

England.

London, 25. Juli. Heute ist ein Glaubuch über die
Drüffeler Jüderkonferenz vertheilt worden. Danach ist
Frankreich das einzige Land gewesen, welches sich gegen die völlige
Abkündigung der Ausfuhrprämien ausgesprochen hat. Russland hat
es abgelehnt, die Frage seiner eigenen Landesgesetzgebung in die
Erörterung zu ziehen. Beide Länder haben auch einem von
dem Vorsitzenden der Konferenz gestellten Kompromissantrage
ihre Zustimmung nicht erteilt. Schließlich kam man überein,
Belgien solle die Erörterung auf diplomatischem Wege fortsetzen
und die Konferenz wieder zusammentreten, sobald ein Resultat er-
zielt sei. Die britischen Delegirten stellen in ihrem Bericht an die
Regierung derselben anheim, zwischen den Staaten, die willens sind,
die Prämien zu beseitigen, ein Abkommen herbeizuführen, durch
welches auf Jüder, dem die Prämien zu gute gekommen sind, Kom-
pensationszölle gelegt werden sollen. —

Im Unterhaus erklärte der Parlaments-Untersekretär des Aus-
wärtigen Curzon, der englische Gesandte in China, Macdonald,
meldete telegraphisch, die von Großbritannien verlangten Ab-
änderungen in den Reglements, betreffend den Verkehr auf den
inländischen Gewässern, wären von der chinesischen Regierung zu-
gestanden worden. Die revidirten Reglements würden jetzt vor-
bereitet und binnen kurzem veröffentlicht werden. Der Erste Lord
des Schatzes Balfour erklärte, er beabsichtige nicht, vor Schluss
des Parlaments eine Erklärung über die chinesischen Angelegenheiten
abzugeben oder Schriftstücke vorzulegen mit Ausnahme der Schrift-
stücke, die das Uebereinkommen hinsichtlich der Pangse-Provinzen
betreffen. Der Grund für die Nichtveröffentlichung sei der, dass die
Unterhandlungen fortbauerten und noch nicht in ein Stadium ge-
treten wären, das eine Erklärung möglich mache. —

Reading, 25. Juli. Bei der Wahl eines Unterhausmitgliedes
wurde Palmer (radikal) mit 4800 Stimmen gewählt; Renfer (kon-
servativ) erhielt 3908 Stimmen, Quells (Sozialdemokrat) 270 Stimmen.
Palmer tritt an die Stelle des verstorbenen konservativen Unterhaus-
mitgliedes Purdoch. —

Russland.

Ueber den Waffengebrauch der russischen Grenztruppe an
der schlesisch-russischen Grenze ist nach der "Vost. Sig." eine neue
Instruktion in Kraft getreten, die gegen die bisherige Dienstvorschrift
zum theil wesentlich veränderte Vorschriften enthält. Danach ist fortan
selbst schon von der Waffe Gebrauch zu machen zur Abwehr eines
wenn auch nicht bewaffneten, aber von mehreren Personen oder sogar
nur von einer Person unter solchen Umständen und Verhältnissen ge-
machtem Angriff oder geistlichen Widerstandes, wo den Chargen der
Grenztruppe eine augenscheinliche Gefahr droht. Sodann ist der
neuen Dienstvorschrift die Bestimmung angefügt, dass so weit es
möglich ist, in allen den vorbenannten Fällen der Gebrauch der
Waffe zu vermeiden ist, wenn dem Grenzposten Hilfe und Unter-
stützung zu theil wird. Im Falle die Chargen der Grenztruppe, die
nicht unter einem Kommando stehen, von der Waffe Gebrauch zu
machen haben, erwägt eine jede von ihnen selbst, ob sie mit der
faulen oder mit der Feuerwaffe zu handeln hat. — Diese Maßnahme
dürfte geeignet sein, die Zahl der unliebsamen Grenzzwischenfälle
noch zu erhöhen, statt einzuschränken. —

Afrika.

England und Egypten. Der Londoner "Spektator" meint,
dass jetzt die Zeit gekommen sei, wo Großbritannien allen, welche es
angeht, und Frankreich insbesondere, mittheilen sollte, dass England
in Egypten auf unbestimmte Zeit bleiben wird:

"Wir wünschen aufrichtig, dass Frankreich uns noch einmal auf-
fordern wird, uns über unsere Absichten bezüglich Egyptens zu
erklären. Das würde der britischen Regierung eine Gelegenheit
verschaffen, die Dinge auf eine gesunde Grundlage zu bringen
und den Franzosen zu zeigen, dass wir die Geschichte der
Besetzung von Tunis nicht vergessen haben. Hier sollten wir viel-
leicht ein Wort sagen darüber, dass die Franzosen meinen,
dass wir nichts zu sagen hätten, weil Lord Salisbury die Franzosen
einladet, von Tunis Besitz zu ergreifen. Nun, wenn er das
wirklich gethan hat? Die Franzosen haben uns eingeladen,
in Egypten einzuschreiten, und darauf haben sie sich zurück-
gezogen. In jedem Falle hat Frankreich nicht den ursprüng-
lichen Rath Lord Salisbury's befolgt. Als die Franzosen
später nach Tunis gingen, versicherten sie Lord Granville, dass die
Besetzung nur zeitweilig sein werde. Wir haben natürlich nichts da-
gegen einzuwenden, dass Frankreich in Tunis ist und dort bleibt, aber
stets unter der stillschweigenden Bedingung, dass dieselben Regeln,
welche in Tunis zur Anwendung gekommen sind, auch bezüglich
Egyptens Geltung haben. Thatsächlich ist es aber absurd, den Punkt
weiter zu verfolgen. Frankreich weiß und die Welt weiß es auch,
obgleich nicht amtlich, dass wir in Egypten bleiben
werden, und Frankreich und die Welt sind im Grunde des Herzens
froh, dass der Nil einem Volke gehört, welches in Handelsangelegen-
heiten nicht der Praxis der Ausschließlichkeit des Handels froht.
Deshalb ist es natürlich und ehrlich gehandelt, der Welt keine Aus-
sicht mehr zu geben, weshalb wir Egypten noch nicht räumen wollen.
Je eher die Welt weiß, dass dazu keine Aussicht ist, desto besser. Es
ist nur zu bedauern, dass die britische Regierung den lieben Schein
aufrecht erhält. Der englischen Presse bleibt es ja immerhin frei-
gestellt, ihre Ansicht zu sagen. Wenn die Regierung
das Spinnwebgewebe über den Punkt durchaus nicht be-
festigen will, so sollte die Presse es thun. Ihre offene
Sprache wird in großen Maßstabe der Nation den Vor-
wurf der Heuchelei ersparen, welchem wir uns aussetzen, wenn es
klar wird, dass wir Egypten weder räumen können noch wollen,
wenn wir den Schein aufrecht erhalten, dass Räumung noch
möglich ist." —

Partei-Nachrichten.

Unliebsame Zwistigkeiten waren unter den Partei-
genossen Braunschweigs kurz nach der Wahl zum Ausbruch
gekommen. Wir haben bisher von diesen Vorgängen keine Notiz
genommen, in der Annahme, dass der Streit doch bald in der einen
oder andern Weise zu einem Abschluss kommen müsse. Das ist nun
infornen auch geschehen, als eine von etwa 4000 Personen besuchte
Parteiversammlung beschloss, dass Färber als Geschäftsführer aus
dem "Volksfreund" zu ernennen sei. Genosse Heymann, der
seines Postens als Redakteur von der Preskominmission, die auf Seiten
Färbers stand, entbunden war, führt die Redaktion vorläufig bis zum
1. Oktober d. J. weiter. Es wurde eine Neuwahl der Pres-
kominmission vorgenommen, die zur Entfernung aller alten Mitglieder
führte. Der Vertrauensmann Gerstenhauer, der ebenfalls zur
alten Preskominmission und dem geschäftlichen Leiter des Verlags
gestanden hatte, wurde ericht durch den Genossen Ohlendorf,
Schließlich wurden in derselben Versammlung Kiehl und
Pistorius, die früher bereits einmal ausgeschlossen, aber vom
Gothaer Parteitag wieder in die Partei aufgenommen wurden, aber-
mals ausgeschlossen. — Ob damit die Streitigkeiten endgültig
geregelt sein werden, bleibt abzuwarten; die frühere Preskominmission
hat ihrerseits von neuem Flugblätter verhandelt, worin sie versucht,
die Schuld von sich abzuwälzen. Hoffentlich gelingt es den Braun-
schweiger Genossen, aus eigener Kraft wieder ordnungsgemäße
Zustände zu schaffen, damit nicht wieder der kommende Parteitag
mit dieser leidigen Angelegenheit befasst wird und seine kostbare
Zeit dafür opfern muß.

Zu der bevorstehenden heffischen Landeskonferenz wurde
von einer Versammlung der Mainzer Parteigenossen folgender
Antrag beschlossen: "Sammtliche zur Landesorganisation gehörigen
Lokal- und Kreisorganisationen führen, unter Befreiung ihrer
zeitigen besonderen Beitragsmarken, eine allgemeine, vom Landes-
komitee auszugebende Beitrags- resp. Agitationsmarke. Von dieser
Marke stehen $\frac{1}{10}$ der Landesklasse, $\frac{1}{10}$ der Kreisklasse und $\frac{1}{10}$ der
Lokalklasse zu."

Todtentzettel der Partei. Rudolph Praast, ein alter
Vorkämpfer der Sozialdemokratie, ist in New-York gestorben.
Praast war in Friedland in Mecklenburg geboren und hatte in
seiner Heimath das Schuhmacher-Handwerk erlernt. Er kam als
junger Geselle nach Hamburg, schloß sich dem Allgemeinen deutschen
Arbeiterverein an und trat auch bald als Medner auf, um Rekruten
für die Organisation des Proletariats zu werden. 1869 trat er mit
Geis und Jork zur Eisenader Partei über. Als nach der Vereinigung
das Hamburg-Altonaer Volksblatt gegründet wurde, welches Eigen-
thum einer Genossenschaft war, wurde Praast Mitglied des Aufsicht-
raths der Genossenschaft und Expedient des Volksblattes. 1878, als die
Neuwahlen zum Reichstag stattfanden, wurde Praast in Altona aufgestellt
und erhielt bei der Stichwahl 13 224 Stimmen, 100 Stimmen weniger
als sein freisinniger Gegner Professor Dr. Karsten. Im November
1880 wurde auf Grund des Sozialistengesetzes der Belagerungszustand
über Hamburg verhängt. Zu den ersten Ausgewiesenen gehörte auch
Praast. Er ging erst nach Lübeck und als er dort keine Existenz
finden konnte, folgte er dem großen Zuge über's Weltmeer nach
New-York. Dort schloß er sich wieder der Bewegung an und gehörte
in den 80er Jahren zu den eifrigsten Agitatoren. In den letzten
Jahren ist er weniger hervorgetreten. Im Anfang dieses Jahres
trat ein altes Magenleiden heftiger auf, so daß er gezwungen war,
das Bett zu hüten. Die Ärzte erkannten, dass Magenkrebs die
Ursache seiner Schmerzen war. Am 11. d. M. starb er und am 15.
wurde die Leiche auf dem Friedhof bei New-York bestattet, auf
welchem die Ueberreste einer großen Anzahl deutscher Genossen ruhen,
die durch das Sozialistengesetz aus ihrer Heimath vertrieben
worden sind.

Politisches, Gerichtliches etc.

— Der Schutzmannsposten vor der Magdeburger "Voll-
stimme" scheint eingezogen zu sein. Die genanntes Blatt mit-
theilt, sind schon seit einigen Tagen keine Schutzleute mehr vor den
Schaufenstern des Verlags zu sehen. — Hoffentlich wird das Blatt
auch ohne Schutz gedeihen. —

— Die veraltete hannoversche Sabbathordnung vom
Jahre 1822, die schon so häufig gegen unsere Parteigenossen wegen
aller möglichen Vergehen zur Anwendung gekommen ist, hat kürzlich
vor dem Landgericht in Hüneburg, als sie wieder gegen einige
Flugblattvertheiler herangezogen werden sollte, verfallen. Das Gericht
erkannte dahin, dass durch eine Verbreitung von Flugblättern von
Haus zu Haus, wenn dieselbe nicht während der Kirchzeit geschehe,
niemand in seiner sonntäglichen Stimmung verletzt werde und er-
kannte auf Freisprechung.

Soziales.

Schule und Landwirtschaft. Ein wahres Kreuz für Lehrer
sind, wie der "Preussischen Lehrer-Zeitung" aus Schlesien geschrieben
wird, zur Zeit die Schulkinder, die nachmittags auf Lohnarbeit gehen.
Die Kinder, meist im Alter von 11—13 Jahren, arbeiten in großer Zahl
auf den Domänen von 1—7 Uhr oder von 8—10 Uhr abends und
erhalten als Entgelt 15—25 Pf. Die Schulaufgaben werden flüchtig
oder auch garnicht angefertigt. Die Kinder sind am Morgen so müde
und abgemattet von der Arbeit am Tage zuvor, dass sie sich in der
Schule kaum des Schlafes erwehren können. Die Regierung ge-

staltet den Urlaub und die Arbeit der Kinder, um auf diese Weise
in etwas dem Mangel an landwirtschaftlichem Arbeiterpersonal ab-
zuhelfen. Es wäre konsequenter gewesen, wenn nun die Schulbehörde
auch die Anforderungen des Schulplans herabgesetzt hätte. Dem ist je-
doch nicht so. Der Lehrer ist gezwungen, den ganzen Schulplan mit
den abgematteten Kindern durchzuführen. "Kappi" dann bei der
Revision nicht alles, so bleibt der "Rüffel" nicht aus. Nach der
Meinung des Einsenders müsste übrigens entschieden bezweifelt
werden, dass durch diese Kinderarbeit der Landwirtschaft in Wirk-
lichkeit geholfen und gebietet werde. Von einzelnen Landwirthen
wurde bestimmt versichert, dass durch diese Kinderarbeit mehr ver-
dienen als gut gemacht werde. (?) Von Seiten eines Kreis-
Schulinspektors sei bei der Regierung beantragt worden, für die
Nähenzeit kurze Ferien anzuberaumen, doch sei dieses Gesuch als
schlingig beschieden worden. Der nationale Arbeiterkongress in Zürich
hat sich im Jahre 1897 befaßt und ganz entschieden gegen die Lohn-
arbeit der Schulkinder ausgesprochen.

Das Grubenunglück auf Carolinenglück hat zu einer
bergpolizeilichen Verordnung geführt, welche die Be-
feuchtung des Kohlenstaubes in Schlagwetterschloten vorsieht. Diese
Befeuchtung soll herbeigeführt werden durch Verstellung von Sprig-
wasserleitungen. Wo solche Leitungen noch nicht vorhanden oder durch
besondere bergpolizeiliche Anordnungen noch nicht vorgeschrieben sind,
müssen sie in Zeitlohn bis zum 1. Juli 1899, im übrigen
bis zum 1. Januar 1900 hergestellt werden. Bis dahin ist, soweit
erforderlich, die Befeuchtung durch andere zweckentsprechende Hilfs-
mittel zu bewerkstelligen. Wie man sieht, wird den Zechenbesitzern eine
umgehende lange Zeit bewilligt, ihre Werke der neuen Verordnung
gemäß einzurichten. Den Zechenbesitzern jedenfalls sehr will-
kommen, weil dadurch ihr Profit nicht leidet! Von der Her-
stellung und dauernden Unterhaltung solcher Sprigwasserleitungen
für die ganze Grube darf aber auf Antrag auch ganz abgesehen
werden, wenn und so lange die Grubenbaue nah sind oder aus anderen
Gründen die Entwicklung und Ansammlung von Kohlenstaub aus-
geschlossen erscheint. Ferner kann von der Befeuchtung in einzelnen
Betrieben mit besonderer Genehmigung des Oberbergamts dann
abgesehen werden, wenn nachweislich durch die Befeuchtung das Neben-
gasen stark gelodert wird, dass dadurch eine Gefahr von Unfällen
durch Stein- oder Kohlenfall erheblich vermehrt wird. Die Strafen
für Uebertretungen dieser Verordnung sind so geringfügig — bis zu
300 M. —, dass damit geradezu der Anreiz zu Uebertretungen ge-
geben ist, denn die Herstellungskosten solcher Befeuchtungsanlagen
dürften in der That nicht geringe sein.

Die Allgemeine Arbeitsnachweis-Anstalt zu Köln giebt
jeden ihren Tätigkeitsbericht über das vierte Geschäftsjahr
(1. Juli 1897 bis 30. Juni 1898) heraus. Es gingen im Berichts-
jahr 40 098 Gesuche ein. In der Abtheilung für Männer wurden
90,06 pCt. der Gesuche der Arbeitgeber und 80,03 pCt. der Arbeiter
befriedigt. Man sieht daran, dass das Angebot der Hände bedeutend
größer war als die Nachfrage. Am stärksten war das Angebot bei
den Schlossern, Mechanikern und Bergleuten; es meldeten sich
2224 Personen, von denen nur 1487 Arbeit verschafft werden konnte.
Bei den Dienstmädchen ist das Angebot der Hand 7285 wurden
verlangt, nur 3234 konnten Dienstmädchen durch die Anstalt be-
kommen. Der Bericht beklagt die wiederholt beobachtete "Abneigung"
der jungen Leute, ein Handwerk zu erlernen. Der Einsichtige wird
wiederum weniger auf Abneigung, als auf die bittere Noth-
wendigkeit zurückzuführen, die die Eltern ihre der Schule entwachsenen
Kinder anstatt sie in die Lehre zu geben, in die Fabrik zum Mit-
erwerben des täglichen Brotes schicken läßt.

Auf der Pariser Welt-Ausstellung 1900 wird die
deutsche Arbeiterversicherung in einer besonderen
Gruppe vertreten sein. Es wird sich darum handeln, die Gesamt-
leistungen der deutschen Arbeiterversicherung übersichtlich zur Dar-
stellung zu bringen und auf diese Weise dem Auslande die praktische
Bedeutung unserer Sozialpolitik vor Augen zu führen. Ein Zweig,
welcher das Ausland besonders interessiert und welcher sich unter dem
Einflusse der Arbeiterversicherung ganz besonders ausgebildet hat,
ist die Errichtung von Arbeiter-Heilstätten. Die unter
Vorstand des Präsidenten des Reichsversicherungsamts Herrn Gabel
stehende Gruppe hat für die Ausstellung der Heilstätten besondere
Unterabtheilungen eingesetzt und sind die Meldungen für Sanatorien
und Melonboleszentenhäuser an den Vorsitzenden der Invaliditäts-
und Altersversicherungsanstalt Berlin, Herrn Dr. Freund, für Lungen-
heilstätten an Herrn Landrath Meyer, Rathhülfsstr. 19, zu
richten.

Der Krieg.

Neue amerikanische Erfolge. Die Befehungen von Raima-
nera und Guantanamo haben sich ergeben.
Ein Telegramm aus St. Thomas meldet, dass amerikanische
Truppen bei Ponce auf Portorico am Montag die Landung
begonnen haben.

Expedition nach den Karolinen. Aus New-York kommt die
Nachricht, die allerdings noch der Bestätigung bedarf, dass das Kriegs-
schiff "Monterey" nach der Jap.-Insel (Karolinen) fahren und dort die
amerikanische Flotte hissen werde.

Zur Friedensfrage. Wie die "Evening Post" aus Washington
meldet, besteht in dortigen amtlichen Kreisen die Vermuthung,
Spanien mache Hinziehungsversuche, insofern befreite man
es im Staatsdepartement bis jetzt absolut, dass ein Vorschlag, den
Frieden oder einen Waffenstillstand betreffend, eingegangen sei;
wenn jedoch Spanien in gutem Glauben Eröffnungen in diesem
Sinne machen sollte, so werde selbstverständlich ein Waffenstillstand
leicht abgeschlossen werden.

Wie es heißt, ist Staatssekretär Day, der Leiter der aus-
wärtigen Angelegenheiten, in Washington nicht nur gegen die Ein-
verleibung der Philippinen, sondern auch gegen die Annexion
Portoricos und Zahlung einer Kriegsschadung seitens Spaniens.
In amerikanischen Blättern wird die Ansicht vertreten, dass die
Kriegsschadung nicht eine wesentliche Friedensbedingung sein
müsse; Spanien würde eben eine Kriegsschadung nicht zahlen
können, das Geld sei nicht einflussreich, es sei denn, dass die
Vereinigten Staaten sich der Waffe unterzügen, die Staatseinnahmen
Spaniens selbst zu verwalten. Staatssekretär Day, der großen Ein-
fluss auf den Präsidenten Mac Kinley hat, schwärmt nicht für
koloniale Ausdehnung der Vereinigten Staaten, weil eine solche ihm
unvereinbar mit den Ideen erscheint, die den Grundstein der Re-
publik bilden.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Budapest, 26. Juli. (B. T. V.) Die Maazernmagazine der
Kunzeper Jutezinnerei sind vollständig niedergebrannt. Der Schaden
wird auf 250 000 Gulden geschätzt, ist jedoch durch Versicherung
gedeckt.

Sabre, 26. Juli. (B. T. V.) Auch die letzten sechs öster-
reichischen Matrosen, welche in der Angelegenheit der "Courgoque"
noch in Haft gehalten waren, sind entlassen worden, da behördlicher-
seits erkannt worden ist, dass zur Verfolgung derselben kein Grund
vorliege.

Manchester, 26. Juli. (B. T. V.) Als der Richter Parry von
dem hiesigen Gericht heute einen Urtheilsspruch gefällt hatte, durch
welchen einem Gerichtsdiener namens Taylor wegen schlechter Führung
sein Attest aberkannt wurde, sprach Taylor auf und gab auf den
Richter drei Revolvergeschosse ab und verwundete ihn am Hals und
am Arm. Der Angreifer wurde verhaftet.

Simsa, 26. Juli. (B. T. V.) Im Jandol Thal an der
afghanischen Grenze fand ein Zusammenstoß am 24. Juli zwischen
den Streitkräften des Kawab von Dir und den Mannschaften von
Bajaur statt. Der Kawab verlor 81 Tode und 50 Verwundete,
Der Verlust der Bajaurer beträgt 136 Tode und Verwundete.

Tokales.

Der Wahlverein für den dritten Berliner Reichstags-Wahlkreis hält heute Abend 8 1/2 Uhr im großen Saal der „Arminhallen“, Kommandantenstr. 20, seine ordentliche Generalversammlung ab. Außer Vorstands- und Kassierenberichten erfolgen auch Erziehungswahl zum Vorstand. Im Anschluß hieran hält Genosse Dr. B. Borchardt einen Vortrag über „Die Marx'sche Weltanschauung“. Zahlreiches Erscheinen der Mitglieder erwartet Der Vorstand.

Die Zeit der Ernte. Wenn der Großstädter auch gar nichts mit der Landwirtschaft zu thun hat, wenn er auch mit dem Werden und Meiden der Erdsfrüchte nicht vertraut ist, nicht zu säen und nicht zu ernten braucht, so viel hängt er doch mit dieser wichtigen Beschäftigung der Menschheit zusammen, daß er wenigstens noch die Feste feiert; die der Landbewohner als Lohn seiner Arbeit sich gewöhnt. So giebt es denn jetzt überall Erntefeste. Und wenn auch der formbeladene Erntewagen fehlt — bunte Papierhüte und Bänder stehen in den Augen der Kinder, die bei diesen Festen die Hauptrolle spielen, so manches.

Vor allen Dingen aber werden diese Erntefeste in den Laubstädten abgehalten, die auf den ungebauten Strecken zwischen den Vororten sich um ganz Berlin ziehen, mit Ausnahme einiger Gegenden im Westen.

Schon am frühen Morgen erwacht ein außerordentliches Leben in diesen „Mittlergärten“ der Arbeiter, wie sie es selbst mit spöttelnder Gelehrtheit benennen. Die Fahnen, meist roth, nur des Gelezes wegen mit weissem Stern oder Streifen besetzt, werden früher als sonst hochgezogen, und flattern lustig über den kleinen, primitiven Buden und den mit wildem Wein oder blühenden Ranken besetzten Lauben. Dann werden von der Fahnenstange nach den Ecken des Landstückchens „Strippen“ gezogen, die mit bunten Papierwimpeln besetzt sind. Das leuchtet und flirrt so grell und kumt in der Sonne, wie bei einem japanischen Volksfeste. Am Nachmittag beginnt dann der Haupttag. Die Kinder müssen Sachspinn und Wecken. Kleine Puppen, bunte Vögel sind die Gewinne. Jeder bekommt außerdem eine kleine geschmückte Harke oder Pappseife. Die Musik, vier bis acht Blechbläser, stellen sich vor den aufgestellten Zug — und dann geht's durch sämtliche Gänge der Kolonie beim Trompetengeheul! In der Dunkelheit ist noch einmal Umzug mit brennenden Stocklaternen. Lampionreihen werfen ihr mildes Licht über die lachenden Gesichter. So feiert ein großer Theil der Bewohner der Reichsbildergemeinde und der Vororte die Zeit der Ernte. In bitterer Fröhlichkeit nennen sie das: „Vergnügte Armuth“.

Da war neulich in einem Arbeitervereinsblatt die Rede von Vorort-Mauern, die zwar jetzt mit der Sozialdemokratie gingen, aber abzuweichen würden, wenn ihr Besitz bedroht werden würde. Die Freude am Eigenthum, ja dem, was sie selbst bebaut, würde diese Menschen zu Gegnern ihrer jetzigen Meinung machen. Offenbar waren mit diesen Vorort-Mauern die Besiedler der Laubstädte gemeint. Da ist denn doch aber dem Verfasser des Geschreibels in dem bewußten Blatt ein riesiger Frechthum passiert. Ob mit Absicht oder unbewußt — wer kann es wissen. Sollte es unbewußt gewesen sein, so muß dem Schreiber gesagt werden, daß er seine Feder von Dingen läßt, die er nicht kennt. Denn nicht einem einzigen der Kolonisten gehört eine Handreich Erde des von ihm bewirtschafteten Bodens. Ohne Ausnahme ist das Land gepachtet, das Stück für fünf bis zwölf Mark, je nach Größe und Gegend. Die Schlussmeinung, die Sozialdemokraten würden also aus Freude am Eigenthum gegen die sozialdemokratischen Forderungen sein, könnte folglich nur noch bei den Tagelöhnern und Kleinstadt-Arbeitern zur Geltung kommen, denn nur diese besitzen wirklich ein kleines Stückchen eigenen Landes — wenn nicht auch diese einsehen müßten, daß ihr Loos ein unerträgliches ist und durch die „Freude am Eigenthum“ nicht gebessert wird.

Nun könnte aber noch gesagt werden: „Wenn sich die Arbeiter ein Stückchen Land pachten können, muß es ihnen ganz gut gehen.“ Ah, damit ist es nicht weit her. Nur bessergestellt, durch ihre Organisation geschützte Arbeiter können sich ein Stückchen Land pachten. Die Pacht muß wieder herausgeschlagen werden. Da werden Bohnen und Kohl gepflanzt, wohl auch Kartoffeln und anderes Gemüse. Aber man braucht dafür nicht wo anders hinzugehen, nicht in den Biergärten herumzuholen. Und er muß rechnen! Mit jedem Groschen! So ist es denn kein Wunder, wenn sich die drachliegenden Waupläge immer mehr mit Laubstädten bedecken, wenn die Luft am Gaden und Säen, diese gesündeste aller Arbeit, und die Freude an der gesundmachenden Einfachheit immer mehr Kolonien entstehen läßt. Und wenn die Gegner des Sozialismus immer wieder fragen: „Wer wird einst die schweren Landarbeiten machen?“ — wir brauchen keine Angst haben: Zur Landarbeit zieht es selbst den Großstädter jetzt schon. Es ist ein ganz besonderer Genuß, selbige geistige Früchte wachsen, reifen zu sehen und ernten zu können. Das kann man jetzt in den Kolonien erfahren: zur Zeit der Ernte.

Die Mitwirkung von Geistlichen bei Verordnungen wird unbemittelten Hinterbliebenen, wenn sie's wünschen, unentgeltlich gewährt. Diese Einrichtung ist nicht neu; sie ist aber in verschiedenen Kirchengemeinden Berlins vor kurzem durch ein in den Arbeitszimmern der Geistlichen angebrachtes Plakat von neuem in Erinnerung gebracht worden. Es heißt, daß die Verhandlungen der Kreisynode Berlin II über die sogenannten „Liebesgaben“, die von einzelnen Geistlichen allzu bereitwillig angenommen worden sein sollten, den Anlaß zu dem Plakat gegeben haben. Man will augenscheinlich verhindern, daß die Unbemittelten, unter dem Eindruck jener in der Presse wiedergegebenen und viel besprochenen Verhandlungen, die Geistlichen nun noch seltener als bisher um ihre Mitwirkung bei Verordnungen ersuchen. Thatsache ist nämlich, daß die ärmere Bevölkerung selbst in derjenigen Lage, in der diese noch am ehesten geneigt sind, überkommene Sitten mitzumachen, nämlich bei Verordnungen, nur selten die Kirche bemüht und den Geistlichen um seinen Segen bittet. Während in den wohlhabenderen und „vornehmeren“ Kirchengemeinden Berlins ein Verabreich ohne geistliche Begleitung verhältnismäßig selten ist, bildet das in manchen Gemeinden der äußeren, vorwiegend von Arbeitern bewohnten Stadttheile schon mehr die Regel. So giebt es Gemeinden, in denen nur bei etwa einem Drittel, ja sogar nur bei einem Viertel aller Verordnungen ein Geistlicher zugegen ist. Nach einer in der letzten Nummer des „Berliner Evangelisch-Kirchlichen Anzeigers“ veröffentlichten statistischen Uebersicht über die im Jahre 1897 in den Kirchengemeinden Berlins vorgenommenen Taufen, Trauungen, Verordnungen u. s. w. wurden unter Mitwirkung eines Geistlichen beerdigt: z. B. in der Lutzowgemeinde rund 80 pCt. aller Beerdigten (108 unter 122 überhaupt Beerdigten), in der Matthäusgemeinde rund 90 pCt. (111 unter 123); dagegen z. B. in der Himmelfahrtsgemeinde rund 37 pCt. (162 unter 441), Verhörmingskirche 36 pCt. (172 unter 472), Nazareth 35 pCt. (297 unter 860), Auferstehung 32 pCt. (209 unter 611), Lazarus 31 pCt. (183 unter 590), Gethemane 29 pCt. (277 unter 962), Samariter 28 pCt. (134 unter 475), Emmaus 28 pCt. (524 unter 1892), Heilandkirche 23 pCt. (201 unter 861). Man sieht, wie gering in dem mit Kirchen und Kapellen so reich gesegneten Berlin das Verlangen der ärmeren Bevölkerung nach den Tröstungen ist, die die Geistlichen den Hinterbliebenen zu bieten vermögen.

Berlin wie es baut und kracht. Auf dem Terrain des ehemaligen Vergnügungsparks in der Hasenheide hat die Vaußpelulation eine ganze Reihe Miethshäuser errichtet, welche nach besamter Manier mit Ach und Krach in die Höhe gebracht worden sind. Die Herren Bauunternehmer bezogen von einer hiesigen Bank (Medlenburger) die Bausgelder und nun wurde frisch und froh darauf los gebaut. Auf der Parzelle 25 ist es nun zu einem argen Krach gekommen. Das Haus ist glücklich fertig

gestellt und zum Theil auch schon vermietet und bewohnt. Die letzte Baunote sollte an den Unternehmer seitens der interessirten Bank ausgefolgt werden, wenn die polizeiliche Abnahme des Baues erfolgt sein würde. Auf diese Note wurden die harenben Lieferanten und Handwerker von dem Unternehmer betroffen. Diese trauten aber offenbar dem Frieden nicht und machten sich selbst auf zur Bank, um ihre Ansprüche geltend zu machen und eine Auslieferung der Note an den Unternehmer zu hintertreiben. Als sie jedoch hier abgewiesen wurden, machten sie kurzen Prozeß und räumten das Häuschen gründlich aus. Ein jeder nahm das seine, was er nur irgendwie forschaffen konnte: Treppengeländer, Thüren, Fenster z. c. Durch diesen Akt der Selbsthilfe hat das Haus ein wenig einladendes Aussehen erhalten. Die Treppengeländer sind provisorisch durch Latzen ersetzt und in den thür- und fensterlosen Wohnungen sieht es recht ungemüthlich aus, sodas sich wohl schwerlich Mieter dazu finden werden, es sei denn, daß der „Hausbesitzer“ die Handwerker begahnt und so das Fehlende wieder herbeischafft. Am schlechtesten daran sind ja diejenigen, die bereits in dem gefälligen Hause Quartier genommen haben und nun den Krach über sich ergehen lassen müssen.

Für Privatvereine und „geschlossene Gesellschaften“ von Interesse ist eine Verfügung, welche in bezug auf die Frage der Einholung polizeilicher Erlaubnis zu Tanzlustbarkeiten von der Regierungspräsident zu Potsdam erlassen hat. Seitens des Oberpräsidenten der Provinz Brandenburg ist am 14. Juni 1898 durch Polizeiverordnung bestimmt worden, daß die bezogenen Vereine und Gesellschaften zur Abhaltung von Festlichkeiten stets um die polizeiliche Erlaubnis dazu einzukommen haben, sobald bei diesen Festlichkeiten auch getanzt werden soll. Diese Verordnung ist jedoch in einem gegen dieselbe durchgeführten Strafverfahren vom Kammergericht als im Widerspruch mit einem Ministerialektasse vom November 1897 stehend und deshalb als rechtswidrig erklärt worden. Demzufolge hat nun der Regierungspräsident zu Potsdam verfügt, daß Privat- oder geschlossene Gesellschaften einer polizeilichen Erlaubnis zu Tanzlustbarkeiten nur dann bedürfen, wenn die Gesellschaft zu dem Zwecke, die Tanzlustbarkeit zu veranstalten, erst zusammentritt und ein Eintrittsgeld oder Tanzgeld erhebt; oder wenn eine bestehende Gesellschaft, sofern sie allein die Veranstaltung von Tanzlustbarkeiten zum Zwecke hat, eine solche Lustbarkeit veranstaltet und von den Theilnehmern an der Lustbarkeit ein Eintritts- oder Tanzgeld erhoben wird. Sollten abweichende Entscheidungen der Gerichte ergehen, so wünscht der Regierungspräsident die Vorlegung der Urtheile, damit eine Abänderung der Polizeiverordnung in die Wege geleitet werden könne.

Die Auflösung der Kranken-Zusammenkunft „Volkswohl“ (S. 127) ist am Montag von einer außerordentlichen Generalversammlung beschlossen worden. Die Kasse, welche seit Monaten kein Krankenlohn mehr bezahlt hat, hinterläßt eine Schuldenlast von über 4500 M. Hauptächlich sollen die hohen Verwaltungskosten den Ruin der Kasse herbeigeführt haben. Es dürfte bekannt sein, daß wir bereits im Februar d. J. vom Beitritt abgerathen haben, und heute noch können wir nur jedem Arbeiter empfehlen, sich vor ähnlichen Unternehmungen, die häufig durch verlockende Annoncen die Aufmerksamkeit des Publikums auf sich lenken, vorsichtig fern zuhalten.

Auf dem Bahnhof Zannowbrücke ist mit dem Anfang dieser Woche mit den Arbeiten begonnen worden, welche durch die beabsichtigte Herstellung des neuen Ausganges nach der Holzmarktstraße erforderlich werden. Zunächst wird ein neuer Passagier-(Warte-) Pavillon gebaut, um die Stelle des Bahnhofs freizulegen, an welcher der Durchbruch durch die Pfeilerbohrung und die Treppe nach dem Partier gegenüber dem neuen Ausgange angelegt werden soll. Der theilweise Umbau des Bahnhofs wird den Verkehr nicht wenig beeinträchtigen, da der Bahnsteig an sich sehr schmal ist und die Baustelle aus Gründen der Sicherheit durch eine Umzäunung abgegrenzt werden muß. Obwohl bei diesen Arbeiten mit Hochdruck gearbeitet wird, dürfte der Durchbruch nach unten doch erst frühestens am Tage der geplanten Eröffnung, d. h. dem 1. Oktober fertig werden.

Fahrrad-Zählungen finden gegenwärtig in allen von Radfahrern vorwiegend benutzten Straßenzügen innerhalb des Reichsbildes Berlins statt. Dem Vernehmen nach beabsichtigt das Polizeipräsidium auf Grund der Zählungsergebnisse den Fahrradverkehr in den fraglichen Straßenzügen durch neuerliche Bestimmungen, wie sie für den allgemeinen Wagenverkehr Gültigkeit haben, zu reformieren. Ueber die Zählungsergebnisse erfahren wir noch: Den häufigsten Verkehr hat der Kurfürstendamm aufzuweisen. Obwohl das Berliner Gebiet des Straßenzuges von Radfahrern weniger benutzt wird, verkehren hier doch noch in der Stunde ca. 600 Herren und Damen zu Rad. Die Linienstraße hat an ihrer Kreuzungsstelle an der Schönhauserstraße wochentags ca. 260, an Sonntagen ca. 400 Radfahrer in der Stunde aufzuweisen. In den übrigen Theilen der Linienstraße schwankt die Zahl der Fahrer zwischen 120—200 in der Stunde. Die enge Goltzowstraße wird wochentags von 110, sonntags von 280 Rädern durchkreuzt. Die Friedrichsbrücke, Eisenze Brücke sowie der Weg am Rosinienwäldchen haben einen sehr starken Fahrradverkehr an Wochentagen aufzuweisen, an Sonntagen ist derselbe jedoch ziemlich gering. Die Chaussee, Müllerstraße, Schönhauser Allee sowie die übrigen nach den Vororten führenden Straßenzüge kommen überhaupt nur für den Sonntagsverkehr in Betracht.

Der Kurfürstendamm. Einige Blätter, so die „Voss. Zig.“ und die „Volkz.“, neigen sich der Meinung zu, daß der Kurfürstendamm an Tagen mit regem Verkehr den Radfahrern verboten werden müsse. Diese Ansicht zeugt von einer recht oberflächlichen Würdigung der gegenwärtigen Verkehrsverhältnisse, denn es ist nicht zu vergessen, daß das Verbot des Kurfürstendamms fast einer Absperrung des Genußwalds gleichkommt. Eine andere Straß, die von Berlin aus ohne Gefahr für Leib und Leben der Radler und Radlerinnen benutzt werden kann, existirt einfach nicht. Im Süden der Weg über Wilmersdorf ist unpassierbar wegen des geradezu schauerhaften Zustandes, in dem sich die Grunewaldstraße befindet, und die nördlich vom Kurfürstendamm in Betracht kommenden Straßen endigen im Westen alle in völlig unpassierbaren Sandungen. Eine Entlastung des Kurfürstendamms wäre erst durchführbar, wenn etwa die Kanitzstraße in Charlottenburg, die theilweise recht schlechtes Pflaster hat, in leidlich guten Zustand versetzt und die projektirte Straße 17b bis zur Georg Wilhelmstraße in Halensee regulirt würde. Bevor dies nicht geschehen, werden die Uebel der gegenwärtigen Ueberlastung des Kurfürstendamms von Radlern wie von Drohschreitern ertragen werden müssen.

Gegen die neuen Bestimmungen betreffend die Abfertigung und Beförderung von Fahrrädern auf den Eisenbahnen, die am 1. September in Kraft treten sollen, hat der Deutsche Radfahrerbund durch den Vorsitzenden seiner Reichstages-Abtheilung, Herrn Dr. Scharlach, bei dem preussischen Ministerium für öffentliche Arbeiten jetzt eine Beschwerde eingereicht lassen, worin ein eingehend begründetes Gesuch um Wiederaufhebung der neuen Beförderungsvorschriften und Einführung thätiglicher Erleichterungen, wodurch allein eine Entlastung der Eisenbahnen herbeigeführt werden könne, gestellt wird. Auch den Eisenbahnbewertern der deutschen Bundesstaaten soll diese Beschwerde schriftlich zugehen.

Arbeiterrisiko. Gestern früh kurz vor 6 Uhr ist das Gerüst des Neubaus der Philharmonie in der Verbundgerstraße mit mehreren Arbeitern eingestürzt. Nachdem man die Arbeiter aus den Trümmern und aus dem Keller, bis wohin einige abgestürzt waren, herausgeholt hatte, stellte sich heraus, daß sie sämtlich mehr oder weniger verletzt waren. Sie wurden nach der Unfallstation I in der Wilhelmstraße gebracht und dort verbunden. Ein Theil der Arbeiter konnte gleich wieder entlassen werden.

Der Maurer August Schäffe, verheiratet und Vater mehrerer Kinder, mußte mit einem anderen, der einen Bodenbruch erlitten hatte, nach Anlegung von Rettungsbändern nach dem südlichen Elisabeth-Krankenhaus in der Bülowstraße gebracht werden. Er hatte außer Arm- und Beinbrüchen einen Bruch des Rückgrats erlitten und wird kaum mit dem Leben davonkommen. Der Bau ist einseitigen von der Polizei gesperrt. Die Ursache des Einsturzes wird in mangelhafter Befestigung von Rettungsbändern gesucht. Wann wird dem Bauunternehmerthum, das oft in frivolster Mißachtung des Menschenlebens geradezu Unerbörtes leistet, endlich einmal gehörig das Handwerk gelegt werden?

Die „Deutsche Tageszeitung“ läßt sich selbst durch den Tod des Herrn v. Blöb nicht von der Produktion unfreiwilligen Humors abhalten. Ihre neueste Leistung sieht wie folgt aus: „Wer nicht parirt, liegt hinaus.“ In Genossenkreisen dürfte demnach wieder ein größerer Hinauswurf stattfinden. Wie wir erfahren, ist im sozialdemokratischen Wahlverein des vierten Berliner Reichstags-Wahlkreises der Beschluß gefaßt worden, diejenigen Mitglieder, die diesmal nicht zur Wahl gekommen sind, hinauszuwerfen zu lassen, denn der sozialdemokratische Kandidat hatte durch diese Kaufzeit natürlich so und so viele Stimmen verloren. Auch im fünften Reichstags-Wahlkreise wollen die Genossen jetzt nach den Reichstagswahlen einen gründlichen Neuraus unter sich abhalten. Sie glauben irgendwie herauskriegen zu haben, daß viele Händler, die sich sonst als „Genossen“ ausgeben, für den freiwähligen Kandidaten gestimmt haben. Und eben, die dieses fürchterliche Gerücht wohl nicht bestehen werden, sollen sich auch eine größere Anzahl jüdischer Schnorrer aus dem jogen „Scheunenviertel“ befinden.“

Die „Deutsche Tageszeitung“ scheint die sozialdemokratischen Wahlvereine mit Arbeitervereinen oder ostelbischen Gutsbezirken zu verwechseln, wo man Spitzerei und Vöttelei en gros treibt.

Unglücksfälle im Straßenverkehr. Gestern früh glitt der taubhummel Bildhauer Werjeburger in der Dresdenerstraße beim Befestigen eines in der Fahrt befindlichen Straßenbahnwagens aus und gerieth mit dem rechten Fuße so unglücklich unter die Räder, daß ihm der Fuß völlig zermalmte wurde. — Durch Unachtsamkeit fuhr der Fuhrmann Ritsche aus Steglitz in der Belle-Alliancestraße mit seinem Arbeitswagen gegen einen Wagen der elektrischen Straßenbahn. Der Zusammenstoß war so heftig, daß der Wagen des Ritsche in Trümmer ging; Ritsche fiel auf den Straßenrand, scheint aber mit einer leichten Verletzung am Kopfe davon gekommen zu sein. Dem Straßenbahnwagen wurde die linke Seite zerdrückt.

Der wegen der Ausschreitung in der Hedwigs-Kirche festgenommene Soldat Hens gehört dem ersten Seebataillon an. Er dient im ersten Jahre und ist zum Reichs-Marine-Amt abkommandirt. In seiner Rodtische fand man bei der Festnahme, einer Lokalforenspondenz zufolge, eine Nummer unseres Blattes. Jetzt diese Nachricht zutreffend, so dürfte der Mann bei der heutigen sozialistischen Strömung in höheren Militärkreisen wahrscheinlich wegen des Lesens unserer Zeitung weit härter bestraft werden als wegen der Ausschreitung, die er in der Kirche begangen hat. Der ganze Vorgang deutet übrigens darauf hin, daß sich jemand mit dem Trunkenen einen frivolten Scherz erlaubt und ihm das Blatt zugesteckt hat. Einem ernsthaften Sozialdemokraten passiert es beim Militär selbstverständlich nicht, daß er sich durch derartige Thorheiten unglücklich macht.

In religiösen Wahnsum verfallen ist der 25 Jahre alte Sattler Alfred Bohme, der anfangs dieses Jahres aus Sachsen nach Berlin kam und in der Wilhelmstraße 53/54 wohnte. Bohme beuachte viel den Christlichen Verein junger Männer und setzte sich schließlich in den Kopf, ganz nach der Bibel leben zu wollen. Deren Vorschriften faßte er aber vielfach zu wörtlich auf und richtete sich nach dieser Auslegung. So sah er nach der Vorschrift: „Wenn du beten willst, so geh' in dein Kammerlein“ oft lange Zeit in seinem Zimmer und betete ununterbrochen. Seinen Bart, auf den er stolz war, rasirte er sich zur Hälfte ab, um nicht hoffähig zu sein. Gestern Abend mußte der Unglückliche wegen religiösen Wahnsinns in eine Anstalt gebracht werden. Die Bibel nahm er dorthin mit.

Zu einer argen Ausschreitung kam es Montag Abend in dem an der Großen Frankfurterstraße gelegenen, von Jubältern stark besuchten Remeler Park. Ein Karoussel, das vor kurzem dort aufgestellt worden ist, bot dem Gelächter einen besonderen Anziehungspunkt. So hatten sie sich auch vorgestern wieder tottenweise eingefunden, und bald gab ihnen ein geringfügiger Vorfall Veranlassung, sich gegenseitig mit Messern und Gummischlängeln zu bearbeiten. Als ein Schutzmann erschien, um Ruhe herzustellen, wurde er von der schnell wieder einig gewordenen Motte so bedroht, daß er sich mit dem Säbel wehren mußte. Einem Straßenfeger, der dem bedrängten Beamten zu Hilfe eilte, sählte man den Kopf blutig. Endlich erschien von der Meierstraße in der Remelerstraße ein größeres Schutzmannaufgebot unter Führung des Polizeileutnants, dem es denn auch gelang, die Masse mit der blanken Waffe auseinander zu treiben. Zahlreiche Verhaftungen wurden vorgenommen und viele Personen mußten die Unfallstation aufsuchen. — In der Grundstraße wurde in der vorkleinen Nacht der Drauer F. von Jubältern angefallen und lebensgefährlich verletzt.

Durch das Springen eines Schwungrades sind gestern Nachmittag 2 1/2 Uhr in dem ausgebreiteten Grundstück Andreasstraße 32, dem „Andreashof“, erhebliche Verwüstungen angerichtet worden. Das Haus, in dem sich zahlreiche industrielle Betriebe befinden, besitzt eine elektrische Centralmaschinenanlage. Das große Schwungrad derselben sprang, während sich alle Maschinen in vollem Betriebe befanden, in mehrere Stücke, die an den Seitenwänden, der Decke und dem Fußboden des Maschinenraumes große Verformungen anrichteten. Außer einer den Hof passirenden Frau, die von einem durch das Fenster geflogenen Eisenplitter getroffen und nicht unerheblich verletzt wurde, trug merkwürdigerweise niemand Schaden davon. Mehrere Personen wurden durch den starken Luftdruck zwar zur Seite geschleudert, kamen aber mit dem Schrecken davon. Der Betrieb der Fabrikanlagen im „Andreashof“ ist durch den Unfall natürlich auf längere Zeit gestört.

Straßenverengung. Die Christinenstraße von der Lothringerbis zur Lützowstraße wird behufs Umpflasterung vom 1. 1. Monats ab bis auf weiteres gesperrt.

Bei einem Patronenflug durch den Thiergarten in der Nacht zum Dienstag bemerkte ein Schutzmann in der Nähe des Königin-Luise-Denkmal einen Herrn, der auf einer Bank saß und schlief. Im Begriffe, den Schlaf zu wecken, beobachtete der Beamte einen zweiten Mann, der aus einem Gebüsch hervortretend und dann sich vorsichtig umschauend auf den Schlafenden zuschritt und neben ihm Platz nahm. Es war ein Leichensledderer, der sich Uhr und Börse des Schlafenden aneignete und dann schleunigt in der Richtung nach dem Goldschloß sich entfernte. Dem Beamten gelang es, den Nächtlichen einzuholen und festzunehmen. Als der Schutzmann nach kurzer Zeit wieder nach jener Stelle zurückkehrte, um den Schlafenden abzuholen, kam er gerade noch zurecht, um zu beobachten, wie ein zweiter Leichensledderer die Taschen des Liegenden erfolglos untersuchte. Auch dieser wurde festgenommen und trotz seines Sträubens mit Hilfe des inzwischen Erweckten nach der Polizeiwache gebracht. Wie sich hier herausstellte, sind die beiden Verhafteten Komplizen, zwei gewerbsmäßige Leichensledderer, die jedoch in der fraglichen Nacht getrennt arbeiteten.

Das Polizeipräsidium theilt mit: Anfang Juni dieses Jahres ist bei einem Tröbler in der Krautstraße von einer unbekannt gebliebenen Person ein Kupferstück mit schwarz polirtem glatten Rahmen, 50/65 Zentimeter, darstellend die heilige Familie, mit französischer und italienischer Unterschrift und an den unteren Ecken G. Edelind

sculp. und Raphael pinx. gezeichnet, zum Kaufe angeboten und zurückgelassen worden. Da Diebstahl vermuthet wird, so wollen sich Interessenten auf dem Polizeipräsidium, Alexanderplatz, Zimmer 321, in den Vormittags-Dienststunden zur Besichtigung des Bildes einfinden.

Im Reichstags-Gebäude ist der IX. Blindenlehrer-Kongress gestern zusammengetreten.

Volkschulmännliche Kurse von Berliner Hochschullehrern. Von dem hiesigen Komitee sind für den bevorstehenden Winter zunächst zwei Serien der volkschulmännlichen Kurse in Aussicht genommen, von denen die erste im November und Dezember, die zweite im Januar und Februar stattfinden soll. Jede Serie wird sechs Kurse von je sechs Vorträgen umfassen. Der Vortragabend ist auf anderthalb Stunden bemessen, und zwar ist eine Stunde für den eigentlichen Vortrag bestimmt, während daran anschließend den Zuhörern in einer freien Diskussion zur Fragestellung Gelegenheit gegeben werden soll. Die sechs Kurse der ersten Serie werden von folgenden Herren abgehalten werden: Geh. Medizinalrath Professor Dr. Heubner, Geh. Justizrath Prof. Dr. Kahl, Prof. Dr. Alfred G. Meyer, Prof. Dr. W. Schmöller, Geh. Medizinalrath Prof. Dr. Waldeyer und Geh. Vergrath Prof. Dr. Wedding.

Im Friedrich-Wilhelmsstädtischen Theater sind seit kurzem die Liliputaner engagirt. Das Lustspiel der Keinen Leute erinnert natürlich mehr an das Spezialitäten-Theater als an die Bretter, die die Welt bedeuten. Ist auch von künstlerischen Thaten bei ihnen keine Rede, so würden sie doch auf naive Gemüther durch die possidliche Art, wie sie sich zu geben wissen. Das Stück, in dem sie mitwirken, scheint aus Amerika zu stammen; der Dialog, soweit von einem solchen die Rede sein kann, und auch die Monologien deuten auf überseeischen Import hin. Für das Berliner Publikum ist die Aufführung insofern noch interessant, als sie „Entlehnungen“ aus verschiedenen Zirkusstücken und Operetten enthält, die in den letzten Jahren hier Furore machten; so bringt der letzte Akt, in dem u. a. auch ein japanisches Ballet geboten wird, ein ganzes Schloß Melodien aus dem Mikado und den Geishas. Mit Tanzgruppen, auf die zum Theil eine recht hübsche Ausstattung verwendet ist, sind überhaupt die meisten Bilder ausgefüllt.

Aus den Nachbarorten.

Der Charlottenburger Magistrat und die Koalitionsfreiheit seiner Arbeiter. Die Arbeiter des städtischen Gaswerks zu Charlottenburg traten vor ungefähr 1 1/4 Jahren dem Zentralverbande der Gasanstaltsarbeiter bei und bildeten innerhalb desselben eine eigene Verwaltungsstelle. Nachdem diese einige Monate bestand und mehrere vorhandene Mißstände aufgedeckt hatte, erfolgte plötzlich die Entlassung des Vorsitzenden und Schriftführers der Organisirten, angeblich wegen „Arbeitsmangels“. Man nahm schon damals an, daß ganz andere Gründe für die Entlassung der erwähnten Personen maßgebend gewesen waren, und diese Annahme wurde durch die folgenden Vorgänge bestätigt.

Im Januar d. J. trat der Kassirer der Verwaltungsstelle von seinem Posten zurück — ob ganz freiwillig, das wird vielfach bezweifelt — und der Gasarbeiter Strahl wurde mit diesem Amt betraut. Wenige Tage darauf kam der Vorarbeiter Wilde zu Strahl bei der Arbeit heran und sagte zu ihm: „Sie hätten den Kassirerposten nicht annehmen müssen, das kann böse Folgen für Sie haben; der Assistent Hiller lieh mich bereits rufen und hat sich näher nach Ihnen erkundigt.“ — Fünf Tage nachdem Strahl entlassen war, er nun den Entlassungsgrund wissen wollte, erhielt er die Antwort, man sei nicht verpflichtet, Gründe anzugeben. Da die Nachregelung klar auf der Hand lag, führte der Verband dieserhalb bei dem Charlottenburger Magistrat Beschwerde und dieser Tage erhielt er von demselben den Bescheid, daß die eingehende Untersuchung die aufgestellten Behauptungen nicht bestätigt habe und die Sache damit für erledigt betrachtet wird. — Natürlich werden sich die betroffenen Kreise mit dieser Antwort nicht zufrieden geben und weitere Schritte thun.

Zur Umänderung des Schöneberger Bebauungsplanes, der schon längst als gänzlich veraltet bezeichnet und lebhaft getadelt worden ist, hat jetzt der Magistrat von Schöneberg für das ganze noch unbebaute Gemeindegebiet an der Wilmerdorfer Grenze entlang, das sich hier von der Hohenstaufenstraße (Südwestlich vom Rollendorfsplatz) bis zur Ringbahn erstreckt und nach der bebauten Stadt zu bis an die Eisenacher- und Heinrich Kiepert-Straße reicht, in Berliner Architekturverein einen Wettbewerb mit 2 Preisen von 500 und 300 M. ausgeschrieben.

Durch die Polizei ins Elternhaus zurückgebracht ist die 15-jährige Josephine Görlach aus der Sedanstr. 24 zu Schöneberg, welche die Wohnung heimlich verlassen hatte. Nachdem das junge Mädchen sich anfangs zu einer Gesindevermieterin in der Landsbergerstraße begeben, um durch ihre Vermittelung eine Stellung als Dienstmädchen anzunehmen, gab sie diese Absicht bald auf und trieb sich vagabondierend umher. Wie sie erzählt, ist sie von verschiedenen Herren eingeladen worden und hat sich zuletzt längere Zeit bei einem Manne, der ihren Eltern gegenüber wohnt, aufgehalten. Gegen diesen beabsichtigt nun der Vater der G. Strafantrag bei der Staatsanwaltschaft zu stellen.

Soziale Rechtspflege.

Eine Entscheidung, die zum Widerspruch heraufordert, hat die Kammer VI des Gewerbegerichts gefällt. Eine Kochfrau verlangte von der Mitgesellschaft „Brauerei Friedrichshöhe“ (vormals Rayenhofen) wegen unbefristeter Entlassung den Lohn für vier Wochen. Die Frau war von der Brauereigesellschaft engagirt worden und hatte nur für die Kantine gelocht, welche die Gesellschaft für ihre Brauerei eingerichtet hat. Es wurde der Einwand der Unzuständigkeit erhoben, weil die Frau nicht für den Gewerbebetrieb, sondern für eine „Wohltätigkeitsanstalt“ thätig gewesen sei. Auf Befragen durch den Vorsitzenden gab der Vertreter der beklagten Gesellschaft an, daß die Brauerei in der Kantine ein Mittagessen gegen Bezahlung erhielten und daß die Kantine nur den Zweck habe, ihnen eine Bequemlichkeit zu bieten. Ein Geschäft werde nicht daraus gemacht, die Gesellschaft gebe vielmehr noch Geld zu. Der Gerichtshof wies hierauf die Klägerin, ohne Erhebungen zu veranstalten, wegen sachlicher Unzuständigkeit des Gewerbegerichts ab. Zur Begründung führte Gewerbedichter Dr. Krause aus, die Kantine sei weder dem Gewerbebetriebe der Brauerei zuzurechnen, noch sei sie an sich ein Gewerbebetrieb, es liege also keine gewerbliche Streitigkeit im Sinne des Gewerbegerichts-Gesetzes vor.

Ganz abgesehen davon, daß eine genaue Feststellung des Verhältnisses der Kantine zum Brauereibetriebe unterließ, ist das Urtheil auch sonst sehr unglücklich. Eine solche Kantine an Betriebsorte und zum Nutzen von Betriebsangehörigen ist auf jeden Fall eine Betriebsangehörige Einrichtung und darum dem Gewerbebetriebe zuzurechnen. Ganz gleichgültig ist hierbei, daß kein Gewinn durch sie erzielt werden soll. Das Reichs-Versicherungsamt würde nach seiner bisherigen Praxis derartige Kantine unweifelhaft als Betriebsangehörigen ansehen und die darin thätigen Personen als gewerbliche Arbeiter behandeln.

Der Buchdruckereibesitzer Schwarz gerieth eines Tages mit seinem Faktor W. wegen der Arbeit in einen heftigen Wortwechsel, wobei Schwarz äußerte, W. solle sich sein Lehrgeld wiedergeben lassen. Hierauf antwortete der Faktor, es wäre gut, wenn sich der Chef erst mal eine Selbsterläuterung vor den Kopf nähme und sich abkühle. W. wurde dann entlassen. Vor der Kammer VIII des Gewerbegerichts sahen sich beide wieder. Der Faktor verlangte als Entschädigung vorläufig 70 Mark. Der Beklagte wollte nichts zahlen und betonte, Kläger habe ihn grob beleidigt und außerdem zwei Seher

aufgehört, die Arbeit niederzulegen. Die beiden Seher sagten jedoch aus, daß sie freiwillig zu arbeiten aufgehört hätten. Der Beklagte wurde verurtheilt, Gewerbebesitzer Dr. Meier gab folgende Begründung des Urtheils: Es liege kein Grund zur Entlassung vor. Wenn der Kläger sagte, Beklagter solle sich eine Selber vor den Kopf nehmen und er verhehe nichts, so sei das allerdings nicht höflich; als eine grobe Beleidigung könne es aber nicht angesehen werden und als Entlassungsgrund umso weniger, weil Schwarz zuerst festig gewesen sei und von W. verlangt habe, er solle sich sein Lehrgeld wiedergeben lassen.

Die Grenzen des landwirtschaftlichen Betriebes für Kirchengeländer. Der Kaufmann Mainz hatte die Kirchengeländer an einer Chaussee gepachtet und zum Aberten der Kirchen eine Anzahl Arbeiter angenommen. Auf dem Heimwege benutzten die Arbeiter Räder und einige seiner Kollegen, die er dazu eingeladen hatte, einen bei der Arbeit verwendeten Wagen. Sie setzten sich hinauf und ließen das Gefährt die abschüssige Chaussee hinunterrollen. Der Wagen schlug gegen einen Baum, wodurch die Leute zur Erde geschleudert wurden. Während die einen mit dem Schreck davon kamen, löstete Kläger die tolle Fahrt das Leben. Er verstarb nach wenigen Tagen. Verursachungsfrage und Schiedsgericht wies die Hinterbliebenen des Mannes mit ihren Ansprüchen auf Unfallrente ab. Das Schiedsgericht machte geltend, daß nach der Betweiserherkunft die Leute den Wagen überhaupt nicht nach der Stadt hätten mitbringen sollen und daß sie sich durch die gefahrdrohende Benutzung außerhalb des Betriebes gefehlt hätten. Frau Klägerin legte Rekurs ein und begründete das Rechtsmittel damit, daß die Arbeiter am anderen Tage die Kröbe auf dem Wagen hätten zur Arbeitsstelle fahren wollen. Die Mitnahme des Wagens sei somit im Interesse des Betriebes erfolgt. Wenn sich nun die Arbeiter hinausgeleitet hätten, um schneller vorwärts zu kommen, dann sei das höchstens als entschuldbare Fahrlässigkeit zu betrachten. Das Reichs-Versicherungsammt wies aber den Anspruch ebenfalls zurück, indem es ausführte, der landwirtschaftliche Betrieb, worin der Verunglückte arbeitete, reiche nur bis zum Einsetzen der Kirchen. Hier sei nun der Unfall auf dem Heimwege nach gethener Arbeit passiert, er könne schon deshalb nicht als Unfall beim landwirtschaftlichen Betrieb anerkannt werden, es wäre demnach im vorliegenden Falle ganz gleichgültig für das Urtheil, aus welchem Grunde der Handwagen mitgenommen worden sei.

Gerichts-Beilage.

Ein erheblicher Theil der Zusammenstöße von Zügen der elektrischen Bahn mit anderen Fahrzeugen wird dadurch verursacht, weil die Führer der letzteren die Geschwindigkeit, mit der die elektrische Bahn fährt, unterschätzen. Ein solcher Fall gelangte gestern zur Erörterung vor der zweiten Ferien-Strassammer des Landgerichts I. Der kläger Ernst Böhme war der Gefährdung eines Eisenbahntransports beschuldigt. In einem Februartage bog der Angeklagte mit einem leeren Möbelwagen von der Schleusenstraße kommend in die Falkensteinstraße ein. Er bemerkte, daß ihm ein Zug der elektrischen Bahn entgegen kam, da aber die Entfernung noch ziemlich bedeutend war, so glaubte er den jenseitigen Straßenrand noch erreichen zu können. Er fuhr deshalb mit seinem Wagen quer über die Schienen. Der Führer des Motorwagens glaubte, der Angeklagte würde schneller fahren, er bremste daher zu spät und fuhr mit seiner Maschine in das Hinterrad des Möbelwagens hinein. Trotzdem der Zusammenstoß ein keineswegs heftiger war, wurde das Pferd des Möbelwagens zur Seite geschleudert; es fiel mit dem Kopf gegen einen hervorspringenden Theil des Motorwagens und erlitt dabei so schwere Verletzungen, daß es nach wenigen Minuten verendete. Der Angeklagte kam ebenso wie die Insassen des Motorwagens mit dem Schrecken davon. Im Termine sprach der Angeklagte sein Verbrechen davor aus, daß man ihn und nicht den Führer des Motorwagens zur Verantwortung gezogen habe. Daß den letzteren die Schuld treffe, gehe schon daraus hervor, daß die Elektrikanten-Gesellschaft für den durch den Zusammenstoß angerichteten Schaden aus freien Stücken aufgefunden sei. Der Staatsanwalt führte aus, daß ein beiderseitiges Verschulden den einen Theil nicht von der Verantwortung entbinde, er beantragte gegen den Angeklagten eine Woche Gefängnis. Der Gerichtshof fällt ein freisprechendes Urtheil, da es nicht als eine Fahrlässigkeit angesehen werden könne, wenn ein Kläger sich bei der Schätzung der Geschwindigkeit, mit der die elektrische Bahn, ein immerhin noch neues Verkehrsmittel, fahre, irre.

Leidenschaft und Vergewaltigung haben den 18-jährigen Barbierlehrling Joseph Wirovowski zu einem schweren Diebstahl geführt. Er stand gestern dieserhalb vor der vierten Strafkammer des Landgerichts I. Der Angeklagte war an einem Mai-Abende allein im Geschäft. Sein Prinzipal, der an der Spandauerstraße wohnhafte Kreier Hoffmann, war fortgegangen, nachdem er die Ladenkasse verschlossen hatte. Bald darauf schloß der Angeklagte den Laden. Er begab sich dann in das Nebenzimmer, erbrach einen Schrank, in dem sein Prinzipal die größere Kasse aufbewahrt und nahm alles Geld, welches er vorfand — gegen 200 Mark — an sich. Nicht genug damit, sprengte er ebenfalls das Schloß der Ladenkasse und räumte die ganze Tageseinnahme, etwas über 30 Mark aus. Es kam ihm darauf an, den Eindruck zu erwecken, als hätten Eindrehler gehandelt. Zu diesem Zweck entriegelte er ein Fenster, welches vom Nebenzimmer nach dem Hof führte, dann öffnete er sämmtliche, in beiden Räumen befindlichen Washähne und nahm den Weg durch das Fenster über den Hof. Er ging von einer Damenschneise nach der anderen, überall als reicher Herr auftretend. Innerhalb einiger Stunden hatte er 65 M. verjubelt. Sein Prinzipal war inzwischen nach Hause gekommen und es hätte ein großes Unglück entstehen können, wenn er seinen Laden mit Licht betreten hätte. Der Verdacht der Thäterschaft lenkte sich demnach auf den Angeklagten, bei seiner Nachhausekunft wurde er durchsucht und als noch gegen 100 M. bei ihm gefunden wurden, legte er das Geständnis ab, welches er im Termine wiederholte.

Der Gerichtshof billigte ihm, trotz der Schwere der Straftat, mildernde Umstände zu und verurtheilte ihn zu einer **Gefängnisstrafe von neun Monaten.**

Der „Herr Wachmeister“. In einer Schankwirtschaft in der Invalidenstraße verkehrte seit längerer Zeit der Agent Max Winterheim, der seines martialischen Aussehens wegen allgemein „Herr Wachmeister“ bisweilen sogar „Herr Lieutenant“ angeredet wurde. Eines Tages erzählte der Arbeiter Nieger, daß ihm etwas Unangenehmes passiert sei. Er habe bei einem Schankwirt ein Jodel für eine Mark bestellt und als er es nun wieder einlösen wollte, habe der Wirt erklärt, daß ihm das Kleidungsstück abhandeln gekommen sei. Er wolle denselben für den Schaden haftbar machen. Der „Herr Wachmeister“, der zu den Zuhörern gehörte, überlegte sich den Fall und meinte dann, es sei am besten, sich in Güte mit dem Mann zu einigen. Er sei bereit, hierzu seine Hilfe zu gewähren. Nieger war ihm dankbar und führte ihn zu dem Schankwirt hin. Mit großer Würde setzte W. dem Schankwirt auseinander, daß dieser nach dem Paragrafen 30 und 31 des königlich preussischen Landrechts für das verloren gegangene Kleidungsstück aufzukommen habe, und da Nieger ein armer Mann sei, so möge er demselben doch eine Vergütung von 2 M. geben, damit wäre die Sache denn abgethan. Da neben W. der Arbeiter Nieger stand, der ihn wiederholt mit „Herr Wachmeister“ anredete, so glaubte der Wirt einen Kriminalbeamten vor sich zu haben, er gab deshalb die 2 M. her. Das Ansehen des „Herrn Wachmeisters“ wurde durch die glänzende Erledigung dieses Rechtsgeschäftes noch erheblich gesteigert. Der hindende Votum aber noch. W. erhielt eine Anklage wegen unbefugter Ausübung eines öffentlichen Amtes und Nieger eine solche wegen Beihilfe dazu. Gestern gelangte die Sache vor der ersten Ferienstrassammer des Landgerichts I zur Verhandlung. Daß W. sich selbst als Wachmeister vorgestellt hatte, wurde nicht erwiesen. Nieger erklärte, daß er den Mitangeklagten niemals habe anders anreden hören, es gäbe ja doch auch noch andere Wachmeister als bei der Kriminalpolizei. Der Gerichtshof glaubte dem

Angeklagten W. auch, daß ihm die Anrede des Nieger gar nicht zum Bewußtsein gekommen sei und sprach aus diesen Gründen beide Angeklagte frei.

Der bevorstehende Brandstiftungs-Prozess wider den jungen Kaufmann Julius May aus Pankow und dessen mitbeschuldigte Mutter, welche beide am Montag voriger Woche verhaftet wurden, weil sie in ihrem Geschäftskolal in der Breitenstraße Feuer angelegt haben sollen, um in den Besitz der verhältnismäßig hohen Versicherungssumme zu gelangen, dürfte sich zu einem der interessantesten Prozesse auswachen, welche im letzten Jahrzehnt vor Gericht verhandelt wurden. Dafür sprechen die Requisiten, welche heute in die öffentliche Verwahrungsstelle des Moabiters Kriminalgerichts eingeliefert wurden. Dieselben befanden sich in einem Wagen, welcher von einem Gendarmen eskortirt wurde. Die Hauptstücke der Sammlung von Geräthen, welche zur Brandlegung benützt worden sind, bestanden aus zwei Kisten. Die größere war eine gewöhnliche Eiserne, die um zwei Fuß vergrößert und daher nur noch etwa vier Fuß lang war. Durch dieselbe waren Drähte gezogen, theils längs, theils quer und daneben zeigten sich in dieser Eiserne noch Reste einer Zündschnur und auch Zündstoff. Die zweite Kiste hatte das Aussehen einer Art von „Höllmaschine“. Sie war aus alten, früher angefrachten, roh gefügten und gefügten zollstarken Brettschichten zusammengeknagelt, etwa 18 Zoll lang, acht Zoll hoch und acht Zoll breit. Auch in dieser kleinen Kiste waren Drähte entlang gezogen. Der interessanteste Inhalt bestand jedoch aus einem Mäderwerk, welches an den Brettern befestigt war. Eins der Mäder, welches aus der primitiven Kiste heraustragte, glich einem kleinen Kammerade und hatte gut drei Zoll Durchmesser. Augenscheinlich war das Mäderwerk bestimmt, zu gegebener Zeit einen Bolzen auszulösen, welcher auf irgend welche noch nicht näher festgestellte Weise Funken erzeugte und eine noch vorhandene Zündschnur entzündend sollte. Vorläufig wurden sämtliche Gegenstände in der Verwahrungsstelle untergebracht, bis der Untersuchungsrichter verfügt haben wird, welchem Sachverständigen das Brandstiftungsmaterial zur sachwissenschaftlichen Prüfung übergeben werden soll.

Gesindevermieter und Dienstmädchen. Das Landgericht Stendal hat am 16. März den Gesindevermieter Friedrich Wilhelm Theodor Bonah wegen Beleidigung, Körperverletzung und Nötigung zu neun Monaten Gefängnis verurtheilt. Anfangs Dezember v. J. hielt sich die Dienstmagd Helene B. bei ihm auf, um sich durch seine Vermittelung eine Stelle zu suchen. Sie bekam eine solche in einer Pastorfamilie und trat den Dienst an. Bald darauf ersah Bonah dort und verlangte von der B., daß sie die Stellung wieder aufgeben und ihm folge. Da sie hierzu keine Lust verspürte, schickte er sie und schleuderte sie darauf gegen den Kochherd, daß sie hinfiel. Dann packte er sie nochmals mit den Worten: „Nimm, Du verfl...“ und riß sie gewaltsam aus der Küche heraus, daß sie bis ans Waffhaus flog. Draußen auf der Straße wollte er sie von neuem angreifen. Als ihm hierbei ein Polizeiergeant entgegentrat, sagte er: „Das Mädchen ist mein!“ Der Beamte schleuderte ihn mit Gewalt beiseite und ließ das geängstigte Mädchen in das Haus zurückkehren. — Das Urtheil wurde vom Angeklagten mit dem Rechtsmittel der Revision angefochten. Er behauptete insbesondere Beschränkung der Vertheidigung, die ihm durch seine Verhaftung zu theil geworden sei. Das Reichsgericht erachtete keinerlei Gesetzesverletzung für vorliegend und erkannte auf Verurteilung der Revision.

Unschuld zu Jugendstrafe verurtheilt war am 26. Januar 1894 von der Strafkammer des Meier Landgerichts der Landwirth Theodor Troille aus Sangerhausen. Troille war beschuldigt, am 12. September 1892 in Heide sich einen falschen Namen beigelegt und des Betrugs und Diebstahls sich schuldig gemacht zu haben. Nach langem Vernehmen ist Troille die Wiederaufnahme des Verfahrens gelungen. Zum Beweise seiner Unschuld führte Troille an, daß er am genannten Tage und zu derselben Zeit, wo die strafbare Handlung in Heide geschehen ist, nicht in Heide, sondern in Krefeld, also etwa 10 Meilen von Heide entfernt, war. Diese Angabe wurde durch Zeugnis des Maschinenfegers Wogt und dessen Frau sowie durch eine Urkunde, welche von dem Chemiker Dr. Paul Jeserich zu Berlin mikroskopisch und mikrophotographisch untersucht worden war, bestätigt. Mit Rücksicht auf diese Befundungen hob die Strafkammer des Meier Landgerichts — also nach 4 1/2 Jahren — das Urtheil auf und erkannte auf Freisprechung. Derartige Irrthümer, wie sie in unserer Rechtspflege leider nicht selten vorkommen, rufen die begründeten Bedenken gegen unsere Rechtspflege immer von neuem wieder wach.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Die hiesigen Bäckergehilfen nahmen in ihrer letzten Verbandsversammlung Stellung zu den „Wäderschlaffstätten“. Dieselben wurden einer herben Kritik in bezug auf ihre Sauberkeit und Räumlichkeitsverhältnisse unterzogen. Detont wurde, daß die Abseifung von Kost und Logis beim Meister bald die Nebelstände befeitigen würden. Da, wo in den „Wäderschlaffstätten“ Nebelstände vorhanden sind, soll dem Reichs-Gesundheitsamt Mittheilung gemacht werden, damit Abhilfe geschaffen werde.

Achtung Stockarbeiter! Der Streik in der Stockfabrik von Gebr. Koa, Dresdenstr. 33, ist zu gunsten der Arbeiter beendet. Sämmtliche Forderungen wurden bewilligt. Die Agitations-Kommission der Stockarbeiter.

Die Kürschner der Pelzbranche haben seit einiger Zeit versucht, ihre Kollegen der Südarbeit zu interessieren, welche die Abschaffung der Südarbeit und entsprechende Lohnaufbesserung zum Zweck haben sollte. Eine am Montag abgehaltene Versammlung beschloß: Da sowohl in der Pelz- wie in der Wägenbranche zur Zeit keine günstige Konjunktur herrscht, in diesem Jahre von einer Lohnbewegung Abstand zu nehmen, da sie unter diesen Umständen keinen Erfolg verspricht.

Ein Ende des Potsdamer Maurerstreiks ist bereits noch gar nicht abzusehen. Am Schlusse der vorigen Woche haben beide Theile, Zimmungsmeister und Gesellen, zwar mit einander verhandelt, doch haben sich die hieran geknüpften Erwartungen in keiner Weise erfüllt. Eine Einigung hat nicht stattgefunden. Die Meister verlangten, daß die Maurer mit Beginn der neuen Woche die Arbeit zu den bisherigen Bedingungen wieder aufnehmen sollten; dafür erklärten sie sich bereit, von Mitte Oktober ab bei einer täglichen 9 1/2stündigen Arbeitszeit einen Durchschnittslohn von 42 Pf. pro Stunde zahlen zu wollen. Auf dieses Anerbieten sind die ausständigen Gesellen indessen nicht eingegangen. Sie hielten ihre Forderung, einen Mindestlohn von 45 Pf. pro Stunde, aufrecht und haben am Montag die Arbeit nicht aufgenommen. Von den arbeitenden Gesellen schloßen sich immer mehr den Ausständigen an, die Zahl der Arbeitswilligen vermindert sich zusehends und der Streik gewinnt an Ausdehnung. Natürlich bleiben auch die üblichen Verfolgungen nicht aus. Verhaftungen haben stattgefunden und Anklagen wegen Vergehens gegen § 152 der Gewerbe-Ordnung sind bereits im gange. Gehörter Schutz der Arbeitswilligen ist jetzt das Feldgeschrei der Baugewerksmeister.

Deutsches Reich.

Modell- und Fabrikistischer Deutschlands! Die Leipziger Modell- und Fabrikistischer befinden sich im Streik. Die Fabrikanten bemühen sich nur, ihre Modelle auswärts anfertigen zu lassen. Der Ausgang unserer Bewegung hängt aber, trotz der besten Aussicht, davon ab, ob die Leipziger Modelle angefertigt werden oder nicht. Wir bitten die auswärtigen Kollegen, uns moralisch zu unterstützen, dann haben wir in kurzer Zeit einen vollen Erfolg zu verzeichnen. Die Lohnkommission.

Alle Arbeiterblätter bitten wir um Abdruck.
Der deutsche Holzarbeiter-Verband hatte nach dem jetzt vom Vorstand desselben auf das Jahr 1897 herausgegebenen Jahresbericht am Schlusse dieses Jahres 42 578 Mitglieder, darunter 313 weibliche. Zugewonnen hat die Mitgliederzahl gegen das Vorjahr um 4700

Der 12.5 pCt. Von den 80 000 im Laufe des Jahres infolge der vielen Lohnbewegungen zurückgetretenen Lehrten die meisten derselben dem Verband wieder den Rücken. Die Zahl der weiblichen Mitglieder ist überhaupt zurückgegangen, denn 1896 betrug sie noch 453. Von den einzelnen Berufsgruppen stellten die Tischler, Kleidermacher und Stuhlbauer das weitaus größte Kontingent, nämlich 33 343. Die Gesamtsumme der Einnahmen und Ausgaben bilanziert mit 426 799 M. In der Ausgabe figurieren unter anderen: Reise-Unterstützung 19 670 M., Agitation 4132 M., Anzugskosten 2270 M., Rechtschutz 3380 M., Notfall-Unterstützung 2465 M., Generalkommission 7745 M., an die ausgesperrten Maschinenbauer in England 5000 M., dem Streikfonds insgesamt überwiesen 91 643 M. Der Zentralstreikfonds weist für 43 Streiks eine Ausgabe von 104 558 M. auf. Der Kassenbestand belief sich am Jahresabschluss — Hauptkassette und Zahlstellen — infolge einer Mehreinnahme von 74 893 M., auf 129 263 M. Der Verband hat zur Zeit 475 Zahlstellen.

Vom Hamburger Brotbrot. Der vom Arbeitgeber-Verbande in Szene gesetzte Mehlbrot muß als vollkommen mangelhaft angesehen werden. Zahlreiche Offerten auswärtiger Mehlhändler sind bei der Streikleitung eingelaufen, wodurch der Bedarf mehr als gedeckt wird. Nachdem nun der Mehl- und Hefebrot sich als ein Schlag ins Wasser erwiesen, verfuhrte es der Verband dieser Tage mit der Einberufung einer Versammlung aller derjenigen Meister, welche bewilligt haben. Es wurde da den „lieben Kollegen“ gut zuredet, sie möchten doch die Bewilligung wieder zurückziehen. Die ganze Wädelwelt blide auf diesen ewig denkwürdigen Augenblick. Einige Wädelmeister, welche verstanden, zu Gunsten der Gehilfenforderungen zu sprechen, wurden daran verhindert. Zum Schluß wurden diejenigen Wädelmeister, welche die Bewilligung nicht zurückziehen gedächten, aufgefordert den Saal zu verlassen. Dieser Aufforderung kam die übergroße Mehrheit nach, nur ein kleiner Theil blieb zurück. Diesen „lieben Kollegen“ wurde auf die Schulter geklopft, worauf die sich entfernenden „Trabanten“ vernüßelt wurden. So endete dieser Hauptschlag!

Die Maurer, Zimmerer und Bauarbeiter Magdeburgs haben in einer Versammlung beschlossen, den Streik für beendet zu erklären und die Bedingungen zu akzeptieren, welche die Kommissionen der Arbeiter und der Unternehmer unter dem Vorsitz des Oberbürgermeisters festgelegt haben. Um einen Friedensschluß zu ermöglichen, haben die Arbeiter auf einen Theil ihrer Forderungen verzichtet und nur auf der Festsetzung des Lohnes auf 43 Pf. bestanden. Ferner fordern die Arbeiter, indem sie den Tarif der Unternehmer anerkennen, von diesen, daß sie sich bereit erklären, im Monat Dezember mit der Kommission der Arbeiter einen neuen Tarif für das nächste Jahr zu beraten. Am Montag meldeten sich die Arbeiter zur Arbeit; viele von ihnen wurden zurückgewiesen, weil Polen und Italiener genug da seien, ein Theil der Meister wollte nur 40 Pf. Lohn zahlen, während ihre Vertreter in der Kommission selbst 43 angeboten hatten. Es ist daher nicht ausgeschlossen, daß es zu einer Reihe partieller Streiks kommt und ist der Jutug noch immer streng fernzuhalten!

Die Timenauer Tischler erklärten den Streik für beendet, da alle Ausständigen zu den von den Arbeitern gewünschten Bedingungen untergebracht sind.

Zu Delitzsch sind, der „Volls-Stg.“ zufolge, sämtliche 200 Arbeiter der mechanischen Schuhfabrik von Sonntag u. Franke gelündigt worden, da infolge der Einführung von Ufford-Löhnen, statt der bisherigen Wochenlöhne, Differenzen entstanden waren.

In Hildburghausen sind 60 Glasarbeiter in den Streik eingetreten.

Streikpostenfischen, das bei den Streiks von den Arbeitern gar nicht zu entdecken ist und ohne welches der Anstand fast wirkungslos bleiben muß, erfährt seitens der Gerichte eine verschiedenartige Beurtheilung. Bald wird es bestraft als „grober Unfug“, oder mit Hilfe von Strafpolizei-Verordnungen, bald erfolgt Freisprechung. Kürzlich hatte die Wiesbadener Strafkammer über sieben Arbeiter aus Walzheim, welche bei Gelegenheit des dortigen Malerstreiks Posten gestanden hatten, zu befinden. Sie sprach in Uebereinstimmung mit dem Schöffengericht dieselben frei. Es ist ja auch selbstverständlich, daß durch solches Postenfischen kein Publikum belästigt werden kann. Doch dem in Streik erklärten Fabrikanten Streikposten unangenehm sind, wird nicht bestritten. Aber der einzelne Fabrikant ist doch kein „Publikum“, ganz abgesehen davon, daß es sich hier um einen wirtschaftlichen Kampf handelt, in dem in den meisten Fällen gerade der Fabrikant zu den verwerflichsten Mitteln gegenüber den streikenden Arbeitern greift. Trotzdem sind die Arbeitgeber mit den freisprechenden Erkenntnissen der Gerichte nicht einverstanden. Sie planen jetzt eine Eingabe an die gesetzgebenden Körperschaften, die darauf abzielt, das Streikpostenfischen in jedem Falle als groben Unfug anzusehen und dementsprechend zu bestrafen. Imperlich in ihren Forderungen sind diese Herren ja niemals gewesen.

Unternehmer-Verbände.

Die Sektion I der Norddeutschen Bauwerks-Berufsgenossenschaft, welche den Verwaltungsbezirk Berlin, den Stadtkreis Charlottenburg, sowie die Amtsbezirke Niddorf, Tempelhof, Schöneberg, Steglitz, Groß-Lichterfelde, Deutsch-Wilmersdorf und Friedenau umfaßt, hat ihren Geschäftsbericht für das Jahr 1897 veröffentlicht. Derselbe konstatirt auch diesmal wieder, ebenso wie im Jahre zuvor, bei Steigerung der Gesamt-Lohnsumme eine Verringerung der Zahl der Betriebe und eine Steigerung der Zahl der

Verstärkten. Ferner ergibt die Statistik, daß trotz der erfolgten Verlängerung der täglichen Arbeitszeit in den Maurerei- und Zimmerbetrieben von zehn auf neun Stunden sich der Tageslohn dennoch gehoben hat.

35 Glasfabriken haben sich in Dresden unter der Firma Vereinigte Glasfabriken, Gesellschaft mit beschränkter Haftung, zu einem Ring zusammengeschlossen. Das Unternehmen hat den Zweck, den Verkauf der Fabrikate in Beleuchtungs- und abgeklärten und verschmolzenen Gläsern zu zentralisieren. Die Vereinigung wurde hauptsächlich deshalb gegründet, um eine Erhöhung der Preise der Produkte herbeizuführen, und dadurch angeblich bisher bestandenen unthätigen Zuständen abzuhelfen. Das Grundkapital beträgt 650 000 M. Der Verkauf der fraglichen Artikel soll nach wie vor durch die Fabriken selbst erfolgen, während der Vertrieb und die Berechnung von der Vereinigung aus besorgt wird.

Versammlungen.

Deutscher Holzarbeiter-Verband. In der zahlreich besuchten Vertrauensmänner-Versammlung vom 20. d. M. sprach Klinger über die erzieherische Wirkung der Gewerkschafts-Organisation. Er wies auf die verschiedenen alten Sitten hin, wie Einstandes- u. s. w. Derartige Trümpelgele sollen nach der Ansicht vieler Berufskollegen dazu beitragen, ein freundschaftliches Verhältnis zu schaffen. Das sei nicht der Fall, vielmehr müsse die Organisation gestärkt werden. Immerhalb derselben könne durch Vorträge, durch die vorhandene Literatur in den Bibliotheken mehr zur Aufklärung und zur Erziehung des Solidaritätsgefühles unter den Arbeitern gehen werden. Die Diskussion war eine sehr lebhaft. Sodann erstattete Wagner den Bericht über den Arbeitsnachweis von den letzten vier Wochen.

Die an den Holzbearbeitungs-Maschinen beschäftigten Arbeiter Berlins und Umgegend hielten am Montag eine gutbesuchte öffentliche Versammlung im Englischen Garten ab, in der der Vertrauensmann zunächst die Abrechnung über den öffentlichen Fonds vom letzten Halbjahr gab. Nach dem Bericht betragen die Einnahmen in der Zeit vom 1. Januar bis 21. Juli 1898, incl. des alten Bestandes von 1730,61 M., insgesamt 3021,06 M., die Ausgaben 184,81 M., so daß ein Kassenbestand von 2836,25 M. gegenwärtig vorhanden ist. Auf Antrag der Revisoren, die die Abrechnung für richtig erklärten, wurde dem Vertrauensmann von der Versammlung die Entlastung erteilt. Eine längere Debatte entspann sich sodann über die 13er-Kommission von der allgemeinen Ortskrankenkasse, in deren Verlauf das Vorgehen dieser Kommission, insbesondere weil sie 2 von der Gewerkschaft aufgestellte Delegirte von der Liste gestrichen hat und Verhandlungen zur Unterbindung dieser Angelegenheit mit einer von der Gewerkschaft zu diesem Zweck gewählten Kommission ablehnte, von mehreren Rednern heftig kritisiert wurde. Hierauf hielt Genosse G. Wagner einen Vortrag über: „Sozialpolitik und Arbeiterinteressen“. Von einer Diskussion über den mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Vortrag wurde Abstand genommen. Zum Schluß der Versammlung wurden die Anwesenden aufgefordert, recht rege für die Verbreitung der Arbeiterpresse zu wirken.

Schöneberg. Am Montag, den 25. Juli, fand hier im Klubhause eine Volksversammlung statt, in welcher Frau Greifenberg einen Vortrag hielt. Die Referentin legte in Uebersichtlicher Rede den stark vertretenen proletarischen Frauen in äußerst verständlicher Weise ihre Lage auseinander, führte ihnen die Pflichten vor Augen, sich an dem Emanzipationskampfe des Proletariats zu beteiligen, und ermahnte unter lebhafter Zustimmung der Versammlung die Männer davon, ihren Frauen auch in dieser Beziehung entgegenzukommen und sie besonders über jeden Punkt im wirtschaftlichen wie politischen Leben aufzuklären. Eine Diskussion fand nicht statt. — Hierauf gab Frau Hübner, Vertrauensperson der proletarischen Frauen Schönebergs, eine Abrechnung der unter den Frauen veranstalteten Sammlung, welche einen Ueberschuß von 12,40 M. aufwies und schloß mit einem Appell an die proletarischen Frauen Schönebergs, sich rege an den Bestrebungen der Frauen des Proletariats zu beteiligen, die Versammlung.

In Charlottenburg tagte am 21. Juli eine Generalversammlung des Wahlvereins. Zum ersten Punkte der Tagesordnung gab der Vorsitzende G.örke eine Uebersicht über die Thätigkeit des Vorstandes und wies darauf hin, daß der Verein in der Wahlbewegung um 20 pCt. gewachsen sei. Dies sei ein erfreuliches Zeichen, jedoch kommen immerhin erst auf 10 000 sozialdemokratische Wähler 500 Wahlvereins-Mitglieder. G.örke ist der Meinung, daß durch Ausbaurung der Reorganisation dieses Uebel zu beseitigen sei, indem jedes Mitglied seine Person in den Dienst der Partei stelle. Der Kassirer gab hierauf den Kassenbericht, welcher eine Einnahme von 561,10 M. und eine Ausgabe von 168,20 M. ergab, sodas zum III. Quartal ein Bestand von 407,90 M. verblieb. Auf Antrag der Revisoren wurde dem Kassirer Entlastung erteilt. Hierauf hielt Genosse Zubeil einen Vortrag über die Entwicklung der sozialdemokratischen Partei in den letzten dreißig Jahren. Am Schluß seiner Ausführungen giebt Redner einen Ueberblick über den Ausfall der letzten Reichstagswahlen. Dieser sei in Berlin sowohl als im Leltower Kreise nicht nach Wunsch ausgefallen. Es habe sich eine große Launezeit gezeigt. Es sei in den nächsten fünf Jahren die angepannteste Thätigkeit der Genossen notwendig, um mehr als 50 pCt. der Stimmen für die Sozialdemokratie zu gewinnen. Denn nur so sei ein Sieg möglich, da alle anderen Parteien sich zusammen verbinden. (Großer Beifall.) In der Diskussion sprach Buchholz sich dahin aus, daß wir in

einer Periode des wirtschaftlichen Aufschwungs stehen und daß da viele unserer Wähler gleichgiltig gegen die politischen Organisationen werden und infolge dessen nicht mal ihr Wahlrecht ausüben. Der Genosse weist auf die Artikel Bernstein's in der „Neuen Zeit“ hin, welche wohl werth wären, eine Versammlung zu beschäftigen. Die Versammlung beschloß demgemäß. Zum Schluß wurde ein von dem Vorstand gestellter Antrag: jeder auf Statutenänderung oder sonst für den Wahlverein einschneidender Antrag muß spätestens 14 Tage vor der Generalversammlung dem Vorstand schriftlich eingereicht werden, damit der Vorstand darüber beraten kann, angenommen. Der Vorsitzende gab hierauf noch bekannt, daß am 31. Juli ein Sommerfest in „Bismarckshöhe“ stattfindet und der Parteispeditur forderte noch zum Abonnement auf den „Vorwärts“ auf; alsdann wurde die Versammlung mit einem Hoch auf die sozialistische Bewegung geschlossen.

Niddorf. In der am 20. d. M. stattgefundenen Generalversammlung des deutschen Holzarbeiter-Verbandes berichtigte E.ardt-Brandenburg über den Verbandstag in Göttingen. Hierauf legte der Kassirer die Abrechnung vom zweiten Quartal vor, die ebenfalls nach etlichen Anfragen zwecks Aufklärung über einige Angelegenheiten mit Zufriedenheit entgegengenommen wurde. Ein Antrag Schneider, betreffs Beibehaltung der Agitationsmarken, welche durch die Neugestaltung der Sauberhaltungen hinfällig geworden sind, wurde angenommen. Nach Erlebigung einiger Verbandsangelegenheiten fand die Versammlung ihren Schluß.

Landmannschaft der Schledwig-Holsteiner. Heute, abends 8 1/2 Uhr, Versammlung in G. Fensler's Besälen, Alte Jalousie 75.

Arbeiter-Samaritaner-Kolonie. Freitag, den 29. Juli, abends 9 Uhr, bei Cogn. Beustr. 20: Uebungsstunde und interne Angelegenheiten.

Arbeiter-Bildungsverein Schöneberg. Vorkonferenz heute abends 8 1/2 Uhr, bei Wehrde, Wleditschstr. 30. Die Stillschreiber wollen ebenfalls hierzu erscheinen.

Theater- und Vergnügungsverein „Helgoland“. Heute abends 9 1/2 Uhr Ackerstraße 144: Sitzung und Probe.

Briefkasten der Redaktion.

Wir bitten, bei jeder Anfrage eine Adresse (wenn Buchstaben oder eine Zahl) anzugeben, unter der die Antwort erteilt werden soll. Schriftliche Antworten werden nicht erteilt.

Die juristische Zurechnung findet am Montag, Donnerstag und Freitag von 6 bis 7 Uhr abends statt.

- G. J. Durchweg mehr weibliche Personen.
- H. W. Und leider nicht möglich.
- I. J. Ist Martifesten, nicht Stadt.
- G. P. Wir sind nicht in so angenehmer Lage.
- H. A. Steinarbeiter, Schöneberg. Ihr Artikel kann keine Aufnahme finden.

Paul 204. Lohnarbeit ist zulässig. Jedoch geht der Unterhalt für den Mann und seine eheliche Familie vor. — **H. J. 333.** Verpäteter Straftritt ist nicht mit Strafe bedroht. Sie können sich also melden. Ein Straf auf den Sie hinderten, besteht nicht. — **P. R. 100.** Wenden Sie im Termin ein, daß Sie minderjährig sind, dann wird der Buch-Abzählungs-entwurf abgewiesen. Im übrigen unterschreiben Sie für die Zukunft auch dann ähnliches Zeug nicht; nach Ihrer Großjährigkeit hilft kein Einwand. — **H. J.** Ihr Anspruch ist nicht durchzuführen. — **W. 13. 11.** Wenden Sie sich an den Magistrat. — **Ernst 33. 1. 1.** Somett erschlich: ein. 3. 210 bis 285 Tage. — **Friedrich 56. C. W. 31. 1.** — **G. A. C. 56. 1.** In fünf Jahren, jedoch müßte innerhalb drei Monaten Strafantrag gestellt werden. 2. Geldstrafe oder Gefängnis. — **Rudolf. 1.** Bis spätestens am 15. zum Orden. 2. Rein. — **101 W. J.** Nach Ihrer Darstellung sind Sie zur Alimentation verpflichtet und haben kein Recht auf Ueberscheidung. — **H. J.** Ein denartiger Fonds existirt nicht. Unangenehme Lehren sind ohne Rücksicht auf die Gesellschaft zu liefern, wenn ein Bedürfnis als vorliegend anerkannt wird. — **G. S. 77.** Wegen geringen Fehlers auf 2 Jahr zurückgestellt. — **G. W. 99. 1.** Was zur Ueberscheidung erforderlich ist, ist ausschließlich im Briefkasten vom 20. Juli dargestellt. Eine öftere Wiederholung verbietet der Mangel. 2. Naturalisation eines Deutschen als Preuße löst nicht. — **Dr. 15. 1.** — **H. P.** An das Vormundschaftsgericht. — **H. B.** An das Bezirkskommando und an Ihre jetzige Polizeibehörde. — **Puthnerstr. 7.** Ihre beiden Geburtszeugnisse sowie die Einmählung der Mutter Ihrer Braut ist erforderlich. — **H. W.** Der Wirth ist im Unrecht. Sie können ihn beim Amtsgericht verklagen. — **Alter Abnomment 20. 1.** — **Berlin 1000.** Sie haben sich nicht heraus gemacht und können sich an die Polizei mit dem Antrag gegen Ihren Chef wenden. — **G. S. 595. 1.** Vollzeitliche Hinbernisse werden scheinlich gemacht werden. 2. Schriftliche, behördlich beglaubigte Genehmigung ist erforderlich. 3. Die Direktion kann davon Kenntnis erhalten.

Witterungsübersicht vom 26. Juli 1898, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer-stand mm	Windrichtung	Wetter	Temp. u. G. u. F. H.	Stationen	Barometer-stand mm	Windrichtung	Wetter	Temp. u. G. u. F. H.
Swinemünde	762	SW	Wolkig	13	Daprun	762	W	Wolkig	16
Hamburg	765	SW	4 Regen	12	Petersburg	761	SW	2 Bedeckt	13
Berlin	765	W	4 Wolkig	13	Wars	765	SW	2 Bedeckt	14
Wiesbaden	767	SW	3 Wolkig	15	Aberdeen	766	SW	1 Bedeckt	13
Frankfurt	768	W	1 kl. Neb.	15	Paris	766	NO	1 kl. Neb.	19
Wien	765	SW	Wolkig	16					

Wetter-Prognose für Mittwoch, den 27. Juli 1898. Hiernächst kühl, zeitweise aufklärend, vorwiegend trübe mit etwas Regen und mäßigen westlichen Winden.

Berliner Wetterbureau.

Brauerei Pichelsdorf

bel Spandau.

Verbindung von Spandau: Elektr. Bahn und Dampfer.

Sonntag, den 7. August 1898:

Grosses Sänger-Fest

arrangirt von

Arbeiter-Sängerbund Berlins und Umgegend.

Sänger-Festzug Massen-Gefänge

200 Gesangsvereine.

4 Musik-Kapellen.

Volksbelustigung aller Art. Grosser Tanz.

Bei eintretender Dunkelheit Beleuchtung des ganzen Etablissements.

4 große Kaffeetischen
sehen den verehrten Damen von früh 7 Uhr ab zur Verfügung.
Programme — Liedertexte — an der Kontrolle.

Anfang des Konzerts 8 Uhr früh,
Gesang 3 Uhr nachmittags.
Billetts à 20 Pfennig.

Verbindung von Spandau nach dem Festplatz

Elektrische Bahn und Dampfer von der Charlotten-Brücke.

Fahrtplan für Berlin, Spandau siehe Rückseite des Billets.

Billetts sind bei folgenden Vorstandsmitgliedern zu haben: Ad. Neumann, Restaurateur, Brunnenstraße 150; Otto Rasche, Aligarzengesch., Brangelsstr. 11; Rob. Meyer, Blumengesch., Mariannenstr. 2; Ad. Häbner, Billbeldstr. 134, G. 1, sowie bei sämtlichen Vereinen resp. Mitgliedern des Bundes.

16/16

Brauerei Friedrichshain

(fr. Lips), Am Königsthor.

Sonntag, den 31. Juli 1898:

Graphisches Sommerfest

unter Mitwirkung der

„Typographia“, Gesangv. Berliner Buchdrucker u. Schriftgiesser

und des bekannten „Uik-Trio“

Auftreten der Nelson-Truppe etc.

Kinderbelustigungen.

Entree 25 Pf., Kinder freil. (05/18)

Anfang 4 Uhr.

Im grossen Saale: TANZ.

Charlottenburg!

Sonntag, den 31. Juli in „Bismarckshöhe“, Wilmersdorferstr. 39:

Grosses Volksfest

bestehend in Konzert, ausgeführt von der 26 Mann starken Kapelle des Rixdorfer Orchester-Chors „Vorwärts“, komischen Vorträgen, Kinder-Fackelzug (Stodlaternen gratis).

Im Saale: Tanz. Herren, die daran teilnehmen, zahlen 50 Pf. nach.

Anfang nachmittags 4 Uhr. Es laden hierzu ergebenst ein [205/16] Die Vertrauensleute.

Täglich von 7 Uhr morgens bis 8 Uhr abends:
Verkauf frisch gel. schw. perl. und finn. Fleisches.

Wendischschloß pro Pfd. von 30 Pf an, Schweinefleisch 40 Pf. [4078L]

Verwaltung der Kochanstalt Stadt. Schlachthof

„Brunnenbad“

Brunnenstraße 16,

ist wieder eröffnet.

H. Mania. [5499*]

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.
Mittwoch, den 27. Juli.
Neues Opern-Theater (Kroll). Die Stimme von Portici. Anfang 7 1/2 Uhr.
Residenz-Theater. Hierauf: Momentaufnahmen. Anfang 7 1/2 Uhr.
Neues. Der Unterpräfekt. Anfang 7 1/2 Uhr.
Weiten. Die weiße Dame. Anfang 7 1/2 Uhr.
Central. Der Hüttenbesitzer. Anfang 8 Uhr.
Ostend. Auf Sumatra. Anfang 7 1/2 Uhr.
Velle-Villiance. Ein toller Einfall. Anfang 8 Uhr.
Friedrich-Wilhelmstädtisches. Drei Tage Millionär. Anfang 8 Uhr.
Alexanderviertel. Die Ehebrecherin. Anfang 8 Uhr.
Apollo. Don Juan in der Hölle. Anfang 8 Uhr.
Passage-Panoptikum. Spezialitäten-Vorstellung.
Reichshallen. Spezialitäten-Vorstellung. Anfang 8 Uhr.

Friedr.-Wilhelmstäd. Theater
Chausseest. 25/26.
Mittwoch, den 28. Juli, abends 8 Uhr:
Gesamt-Vorstellung der Schauspieler-Gesellschaft
Die Eliphanter.
(Direktion: Karl u. Theodor Rosenfeld.)
Sum 4. Male:
Zwei Tage Millionär.
Großes Ausstattungsspiel mit Gesang und Ballet in 11 Bildern von Robert Breitenbach. Musik komponiert und arrangiert von Viktor Holländer. Breite der Plätze wie gewöhnlich. Vorzugsbillets und freier Eintritt während des Wasserspiels der Eliphanter unzulässig.
Vorverkauf täglich von 10-11 Uhr an der Theaterkasse.
Morgen: Dieselbe Vorstellung.
Sonntag 2 Vorstellungen.
Kinder zahlen Sonntags Nachmittags halbe Preise.

Ostend-Carl Weich-Theater.
Gr. Frankfurterstr. 132.
Letzte Woche!
Auf Sumatra.
Anfang 8 Uhr.
Vorzugsbillets haben Gültigkeit.
Avis! Um vielen Wünschen nachzukommen, wird im Monat August ein Jubiläum beliebiger Volksschauspiele zur Aufführung gelangen. Montag: Herz und Venen. Dienstag und Mittwoch: Rean.
Ostend-Theater-Konzert-Garten.
Kinderfreudenfest.
Die gute Fee des Ostend. Parantime. Gebr. Foré. Müller-Römer. Gebr. Vanon. Krown Tutti. Gebr. Felzau.
Anfang 4 1/2 Uhr. Paffepartout haben Gültigkeit.
Sonabend: Sommernachtsfest.

Apollo-Theater.
Täglich um 9 Uhr:
Don Juan
in der Hölle
und letzte Woche der erfolgreichen
Juli-Spezialitäten.
Vor der Vorstellung:
Gr. Garten-Konzert.
Kasseneröffnung 6 1/2 Uhr, Konzert 7 Uhr. Anf. der Vorst. 8 Uhr.

Reichshallen
Garten-Theater.
Leipzigerstr. 77.
Täglich um 9 1/2 Uhr:
Berlin
auf
Stelzen!
Burdette von Agoston-Wilhelm.
Ferner das gediegene
Spezialitäten-Programm
unter anderem:
„Das sprechende Pferd!“
Anfang 8 Uhr. Entree 50 Pf.
Vorher von 7 Uhr ab:
Garten-Konzert.
Bei ungünstiger Witterung Vorstellung im grossen Theatersaal.

Prater-Theater.
Kassanten-Allee 7/9.
Friede auf Erden.
Lebensbild mit Ges. u. Tanz in drei Akten von Hugo Schulz. Musik v. H. Kersten. Auftreten d. Kofinassow, Elsa de Pianque, d. Grottesque-Duett. Gebr. Milano, der 3. Warton Gumnastiker, des musk. Klowms Mr. Barna mit 3. dreh. Matten, der Orsani Troupe, musk. Orchest. Ballet. Parantime. Konzert und Ball. - Anf. 4 Uhr. Eintritt 30 Pf., num. Platz 50 Pf.
Kalbo.

Passage-Panopticum.
Théâtre-Variété.
Sensationell:
Die schöne
Tätowirte
Sga.
Radolfi
als Athletin.

Castan's
Panopticum.
Major Graf
Neu!! Walsin-
Esterhazy.
Neu!! Lebende Bilder
dargestellt von
6 jungen schönen Damen.

Concerthaus
Leipzigerstr. No. 48
Lezte Saison
vor dem Abbruch.
Täglich:
Hoffmann's Quartett
und Humoristen.
La Pace (Der Floh).
Anfang: Sonntags 7, Wochent. 8 Uhr.

Victoria-Brauerei
Lützow-Strasse III/112
(nahe Potsdamer Platz).
Garten resp. Saal.
Täglich:
Stettiner Sänger
(Miesel, Vietro, Britton, Steidl, Krone, Nöhl, Schneider und Schröder).
Anfang präzis 8 Uhr.
Entree 50 Pf. Vorverkauf 40 Pf.
Familien-Billets à 1 Mark (siehe Plakate).
Großartiges, stets wechselndes Programm!

AUSSTELLUNG am KURFÜRSTENDAMM.
Carl Hagenbeck's
INDIEN
Schaustellungen in der Arena: Wochent. G u. S Uhr nachm., an Sonn- u. Festtagen 4, G u. S Uhr nachm., im indischen Theater ab 4 Uhr beständig.
Ab 4 Uhr nachm.: Gr. Militär-Doppel-Concert.
Entree 50 Pf., Kinder unter 10 Jahren die Hälfte.

Schweizer Garten.
Am Königs-Thor. Haltestelle der Ringbahn. Am Friedrichshain. Haltestelle der Ringbahn.
Täglich: **Theater u. Spezialitäten-Vorstellung, Volksbelustigungen.** Im Ball. Saal.
An Wochentagen freier Dammentanz. Auch ist die Kaffeeküche von 3-6 Uhr geöffnet. Anfang des Konzerts 4 1/2 Uhr, der Vorstellung 6 Uhr.
Willeb zu erzuhrigen Preisen in Handlungen.
Zur Beachtung! Größeren Vereinen empfehlen wir unser Stadtkonzert (mit Vorstellung und Ball) zur Abhaltung ihrer Sommerfeste (speziell Sonnabends).

Die Pracht-Prunkfest-Nüme der 56520*
Flora-Säle Bes.: Bernh. Nieft, 17. Weberstr. 17
circa 150-1000 Pers. Festlich, hochel. Theaterbühne.
Bereits im Sommer-Sonnabends u. Sonntags Saison 98/99
täglich gratis zu vergeben.
Elektr. Beleuchtung. Vollst. neu eingerichtet.
Neue Ventilations-Anlage.
Gas-Defen-Heizung etc. etc.

Max Klien's Sommer-Theater,
Gartenhaide 11/15. - Artificieller Leiter: Paul Milbitz.
Täglich:
Große Theater- u. Spezialitäten-Vorstellung
The Onra's. - Miss Alice, Jongleurin auf rollender Kugel. - Pepl und Pepino. - The Picard's. - Carl Gursch, Franziskaner. - Minni Estera, Kofim-Soubrette. - Paul Frey, Humorist. - Franziska Wünsch, Operettensängerin. - Prof. Cuno's Kofim-Zirkus. - Neu! Junge oder Mädchen, Gefangenspieler in 1 Akt von S. S. - Neu! Da ahnst es nicht, Schwank in 1 Akt von Reichardt.
Im schattigen Garten vor und nach der Vorstellung:
Größes Doppel-Konzert.
In den Sälen: Größer Ball.
Anfang des Konzerts 4 Uhr, der Vorstellung Wochentags 6 Uhr, Sonntags 6 Uhr.
Max Klien.

Sozialdemokratischer Wahlverein
für den 3. Berliner Reichstags-Wahlkreis.
Heute, Mittwoch, den 27. Juli, abends 8 1/2 Uhr,
im großen Saal der „Arminhallen“, Kommandantenstraße Nr. 20:
General-Versammlung.
240/18
Der Vorstand.

Zimmerer!
Donnerstag, den 28. Juli, abends 8 Uhr, in den Andreas-Festsälen, Andreasstr. 21:
Versammlung
f. Norden, Nordosten, Osten u. Südosten.
Tages-Ordnung:
1. Bericht über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse in obigen Bezirken.
2. Diskussion und Verschiedenes. [250/12]
Es ist Pflicht der Kameraden, für Befamtmachung und Besuch der Versammlung zu agitieren.
Achtung!
Bauarbeiter Berlins u. Umgeg.
Vont Konferenz-Beschluß der Zahlstellen-Vorstände des Streiktrains vom 24. d. M. wird hiermit bekannt gemacht, daß in dem Abhalten von Mitglieder-Versammlungen folgende Aenderung eingetreten ist: Die Zahlstellen, soweit Berlin in betracht kommt, haben ihre Mitglieder-Versammlungen jeden Sonntag nach dem 1. abzuhalten, während alle außerhalb Berlins befindlichen jeden Sonntag nach dem 15. zu tagen haben. [32/3]
Die Ortsverwaltung der Zahlstelle I.
F. A.: Karl Krüger, Schriftführer.

Achtung! Zimmerer. Achtung!
Donnerstag, 28. Juli 1898, abends 8 Uhr, in den Arminhallen, Kommandantenstr. 20:
Außerordentliche Versammlung
der Zahlstellen des Zentral-Verbandes Berlin, Charlottenburg, Rixdorf, Friedrichsberg, Pankow, Weiskensee.
Tages-Ordnung:
1. Welche Mittel ergreifen wir, um den 60 Pf.-Stundenlohn allgemein zur Durchführung Die Verhandlung.
F. A.: H. Knäuper. [261/1]
Zu dieser Versammlung hat jeder Zimmerer Zutritt, besonders laden wir aber die Kameraden, welche heute noch unter 60 Pf. Stundenlohn arbeiten, dazu ein. Die Verhandlungsmitglieder müssen unter allen Umständen vollzählig zur Stelle sein.

Aktion.
Brauerei Friedrichshain
früher Pip. Am Königs-Thor. Heute. sowie jed. Mittwoch:
Jänisch-Konzert
Kaiser Alexander Garde-Grenadier-Regiments No. 1 (in Uniform).
Anfang 7 Uhr. Entree 10 Pf.
Jeden Mittwoch:
Spargel-Essen.

Ostbahn-Park.
Am Köpflinger Platz.
Direktion: H. Imbs.
Täglich:
Konzert, Theater und Spezialitäten-Vorstellung.
Anfang des Konzerts: Wochent. 5 Uhr, Sonntags 4 Uhr.
Bei ungünstiger Witterung finden die Vorstellungen im großen Saal statt.
Wleine neubauten Festliche Benutzen zur Verlegung.
Puhlmann's
Vaudeville-Theater
Schönhauser Allee 148.
Die Radler!
Vollen-Parade von Oskar Victor-Röder.
Auftreten d. gesammten neu engagierten Schauspiel- u. Spezialitäten-Personals.
Im Saal: **Gr. Fest-Ball.**
Anf. d. Konz. 4 1/2, d. Vorst. 5 1/2 Uhr.
Entree 30 Pf.
Die Direktion: Ferd. Lehmann.

W. Noack's Theater
Brunnen-Strasse 16.
Täglich im schönen Garten:
Theater- und Spezialitäten-Vorstellung.
Das goldene Kalb.
Charakterbild in 1 Akt v. C. Dachow.
Nord und Süd.
Operette in 1 Akt von Sinderer.
Musik von Richard Thiele.
Im Saal: **Grosser Ball.**

Cognac
feinst. franz. Verschnitt, chem. rein und essenzfrei, ohne Konkurrenz, 3/4 Ltr. Korbflasche postfrei M. 6,50, 7,50, 10,00 gegen Nachnahme. Versuch führt zur Nachbestellung. 27/18
Emil Schroeter, Landsberg (Warthe.)
Dr. Simmel Moritzplatz, (1. Haus v. Aschinger) 2 Treppen rechts
Spezialarzt f. Haut u. Hautleiden.
10-2, 5-7. Sonntags 10-12, 2-4.

Das Gute siegt zuletzt doch!
Das seit nahezu 25 Jahren existierende edle
Dr. Thompson's Seifenpulver
(Schutzmarke „Schwan“)
hat sich unter den vielen anderen Waschräparaten als das beste, vorteilhafteste und bequameste
Waschmittel der Welt erwiesen!
Dasselbe ist zu haben in den meisten Kolonialwaaren-, Droguen- und Seifenhandlungen.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.
Zahlstelle Berlin.
Mittwoch, den 27. Juli 1898, abends 8 1/2 Uhr, bei Keller, Köpenickerstr. Nr. 29:
General-Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Kassenbericht, Bericht des Vorstandes, der Bezirksleiter, der Werkstätten-Kontrollkommission, des Arbeitsvermittlers und der Agitationskommission für die Provinz Brandenburg. 2. Erwählung der Ortsverwaltung. 3. Wahl des Hauptvorstandes. 4. Verhandlungsgegenstände und Verschiedenes. Eintritt nur gegen Vorzeigung des Mitgliedsbuches.
106/1*
Die Ortsverwaltung.

Bauhandwerker-Krankenkasse
für Berlin und Umgegend. (Gingeh. Hilfskaffe Nr. 118.)
Den Mitgliedern zur Kenntnis, daß in der Generalversammlung am Sonntag, den 24. Juli, die Hilfskaffe gewählt sind und in folgenden Lokalen jeden Sonnabend, abends von 8-10 Uhr, laffiren:
Centrum: Blauerod, Wipstr. 16. - Norden: Geife, Swine-münderstraße 26. - Nord-Ost: Seidler, Trebbowstr. 54. - Osten: B. H. L. Kübersdorferstr. 8. - Süd-Ost: Schulze, Waldemarstr. 2. - Süd-West: Pädle, Köpenickerstr. 10. - Westen: Schrenck, Blumenstr. 5. - Moabit: Meyer, Breowstr. 11. - Wedding und Gesundbrunnen: Lehmann, Bismarckstr. 10. - Charlottenburg: Meyer, Wallstr. 98.
In Pankow, Friedrichsberg, Rixdorf wird jeden Sonnabend nach dem 1. und 15. jeden Monats laffirt: Pankow: Gauert, Schönbolger- und Bollenstr. 65. - Friedrichsberg: Lange, Waren-bergstraße 67. - Rixdorf: Thomas, Bergstr. 102.
Das Bureau der Kasse befindet sich Wipstr. 16 bei Blauerod und ist an Wochentagen von 9-5 Uhr geöffnet. Dort werden Aufnahmen und Krankmeldungen, sowie Beiträge entgegengenommen.
Der Vorstand: H. Metzke, Oberwallstraße 19.

Allen Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß mein lieber Mann und guter Vater, der Tischler **Wilhelm Nesener** nach langen schweren Leiden verstorben ist. Dies zeigen tiefbetäubt an Frau Caroline Nesener geb. Henschel, Paul Nesener, Sohn, Wanteuffelstr. 71.
Die Beerdigung findet heute, Mittwoch, nachm. 5 Uhr, vom Trauerhause aus, nach dem Neuen Thomas Kirchhof statt. 1166
Am 25. d. M. verstarb mein lieber Bruder, der Tapezierer **Robert Ofterloff** im 41. Lebensjahre. Die Beerdigung findet Donnerstag, den 28. d. M., nachm. 3 Uhr, von der neuen Leichenhalle in Pankow, Kommunikationsweg, statt. Dies Freunden, Genossen und Kollegen zur Nachricht. 1166
Pankow, 27. Juli 1898.
Oscar Ofterloff, geb. Bietling.
Pauline Ofterloff, geb. Bietling.

Dankagung.
Allen Freunden und Bekannten meines lieben Mannes, des Schriftsetzers **Paul FINDER**, für die ihm erwiesene letzte Ehre und Beifügung bei der Beerdigung sage ich hiermit meinen tiefgefühltesten Dank.
Die trauernde Witwe
117b **Anna FINDER.**
Die gegen den Arbeiter **Paul Krock** ausgehobene Beleidigung nehme ich hiermit zurück. 127b
M. Hoppe, Wanteuffelstr. 114.
Die Beleidigung gegen Herrn **Volkman** nehme ich hiermit zurück und erkläre ihn als ordentlichen ehrlichen Menschen. 119b
Martha Wenzel, Adersstr. 107.

Fahrräder!
nur erklaffig, verkauft zu äußerst niedrigen Preisen [56818*]
Fr. Stange, Cypellierstr. 71.
Destillation
neben dem neu zu erbauenden Getreid-schafshaus am Engel-Ufer 12, preiswert zu verkaufen. 122b
Kanarienhöhne, Vorkläger, große Auswahl. **Woch**, Hofstr. 84b.
Kanarienhöhne verkauft Joachim, Brunnenstr. 97. 120b
Burgdorferstr. 4 (Neubau) sind per 1. Oktober er. freudl. Wohnungen von 1 Stube, Küche u. Zubehör zu verm. Preis 210-222 M. 112b
Schloß (7 M.) d. Jade, Seydelstr. 15 IV
Schloß bei Kraus, Frankfurterstr. 100.

Herren-Anzüge
kleine Wölle: 25, 27, 28, 30 M., nach Maß: 33, 35, 37, 39 M. Halb-wölle: 18, 19, 20, 21 M. Eigenes Fabrikat. Bei theureren Anzügen Theilzahlung, monatl. 10 M., gestattet.
Tomprowski, Schneidernstr., Stralauerstr. 56, Laden.
Jähne v. 2 Mark event. Theilzahlung.
Oiga Jacobson, Invalidenstr. 145.
Anschaffen, Klagen, Eingaben
A. Patzger, Steglitzerstr. 65.
Die Selbsthilfe
ginge in leiner Art existierendes Werk zur Verhütung und Heilung von Erkrankungen des Unterleibes, insbesondere in veralteten Fällen. Mit währerenden anatomischen Abbildungen. Täglich für Jedermann. Preis 2 M. (in Briefmarken) zu beziehen von **Werman Schmidt** Buchh. Berlin W., Wistlerfeldstr. 34.
Einart, i. s. anl., Drosseln, Waldweg 61/62, Friedrichsberg, Rebe, Rantelbide, Edelsteinbänder, Schmelle, Berl. Köpenickerstr. 60

Arbeitsmarkt.
Zwei geschickte Ausflicker für klein. Rüststoffe in Silber u. Messing erhalt. dauernde Arbeit in Stockholm. Adresse: Aktiengesellschaft Färemode Konfektionärs, Stockholm, Schweden.
Coco's-Leppich- u. Matten-Fabrik sucht einen tüchtigen energischen
Werkmeister.
Offerten unter E. F. 909 an **Hausenstein & Vogler A.-G.**, Frankfurt a. M. 103/18*
Tücht. Dirigent für alt. Gefangenen-Verwaltung. Gest. Offerten mit Angabe des Honorars erbeien unter **C. M.**, Postamt 18. 117b
Mädchen in gelesenen Jahren wünscht einem Herrn die Wirtshausführung zu führen, solide Ansprüche. Adresse: **Möwius**, Reichensbergerstr. 32 v. III.
Laufmädchen sucht **Cohn**, Grünstraße 20. 115b
Dachdecker verlangt **Hennig**, Kleine Auguststr. 10. 124b
Einen tüchtigen Vater f. Waldweiser verl. **Barthel**, Gr. Frankfurterstr. 94.